

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Nr. 231.

Magdeburg, Sonnabend den 2. Oktober 1920.

31. Jahrgang.

Zwischen Paris und Budapest.

In Oesterreich spielt sich gegenwärtig ein Wahlkampf von unerhörter Heftigkeit ab. Am 17. Oktober werden die Oesterreicher über die Doppelfrage zu entscheiden haben: Für oder gegen den Anschluß an Deutschland, für oder gegen den Sozialismus. Alle Kräfte der Reaktion, vom Merus, dem kleinbürgerlichen Antisemitismus, bis zu den jüdischen Bankiers, sind am Werke, um mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln der Korruption und der Volkverdümmung den Volkentscheid gegen den Anschluß an Deutschland und gegen den Sozialismus zu beeinflussen. Das wäre an sich — wir möchten beinahe sagen, ganz in der Ordnung. Was dem Wahlkampf in diesem geheimen und gequälten Lande jedoch den Charakter eines wohl einzigartigen

internationalen Skandals

gibt, ist die unglaubliche Korruptionenkampagne, die die ungarische Regierung in Oesterreich führt, um den Wahlkampf im reaktionär-monarchischen Sinne zu vergiften. Diese unterförmige Einnengung eines fremden Staates in die innere Angelegenheiten Oesterreichs bekommt noch ein ganz eigenartiges Gepräge durch die Tatsache, daß die ungarische Regierung unerbittlich begünstigt wird durch die französische Regierung. Während Oesterreich durch den sogenannten Friedensvertrag vier Millionen Deutsche enteignet wurden, und zwar hauptsächlich zugunsten der Habsburger und Italiener, sprach man ihm einen Länderstreifen im Osten zu, das sogenannte Deutschwestungarn. Und dieses landwirtschaftlich reiche Land mit einer rein deutschen Bevölkerung, wird heute noch zurückgehalten von Ungarn, das dort, entgegen dem Friedensvertrag,

große Armeen

unterhält und mit diesen bewaffneten Pogrombanden das Land terrorisiert und Einfälle in Oesterreich unternimmt, dessen Entwaffnung durchgeführt ist. Und das alles geschieht unter den Augen der Ententevertreter und begünstigt von den diplomatischen und sonstigen Agenten der französischen Republik, die die Fäden zwischen Wien, Paris und Budapest, zwischen den Wittelsbachern und den Habsburgern, zwischen den Wittelsbachern und den Habsburgern spinnen, zwischen dem bairischen Zentrum, den österreichischen Merkantilisten und den ungarischen Gorthybanden.

Die gesamte Merkur-antijüdische Presse Oesterreichs, die sich christlich-sozial nennt, die sogenannte unabhängige kapitalistische Presse, liberale und großdeutsche Blätter, rufen und stehen im Solde dieser Korruptionenkampagne. Das war offensichtlich für jedes Kind, doch bis vor kurzer Zeit war es nicht möglich, den notariellen Beweis dafür zu erbringen. Das ist nun unserm Wiener Bruderblatt, der „Arbeiter-Zeitung“, gelungen. Seit einiger Zeit veröffentlicht die „Arbeiter-Zeitung“ täglich Geheimdokumente aus dem Archiv der ungarischen Gesandtschaft

in Wien, aus denen mit aller Klarheit hervorgeht, daß die ungarische Regierung Millionen ausgegeben hat und ausruft, um damit die österreichische Presse und den österreichischen Wahlkampf zu korrumpieren. Mit frecher Stimmeneignung bisher der ungarische Gesandte in Wien die offenkundigen Tatsachen ab. Nun aber die Beweise sich mit unerbittlicher Präzision häufen, nun einige Bestochene und Vorkämpfer — wie der Herausgeber der Merkur, „Reichspost“, ein gewisser Föndler, wie ein Redakteur der „Neuen freien Presse“, ein Dr. Philipp Geiger, Zeitungsstände abgelegt haben, nun muß sich der ungarische Gesandte dazu bequemen, gleichfalls Zeitungsstände abzugeben.

Nur ein Beispiel, um zu zeigen, wie diese Korruption betrieben wird: Die „Reichspost“ befindet sich in Geldnöten.

Man will diesem Kriegsheterblatt auf die Strümpfe helfen. Der Presschef der ungarischen Gesandtschaft in Wien, ein Ministerialrat Dr. Reich, schreibt darüber an das Ministerium des Außenwerts in Budapest:

Die Habsaktion dürfte aber nur in der allerbesten Art erfolgen, daß die eigentliche Quelle unter allen Umständen ein Geheimnis bleibe. Ich könnte mir die Sache nur so vorstellen, daß zum Beispiel ein hoher geistlicher Würdenträger der „Reichspost“, sagen wir, eine Million schenken würde. Eine in anderer Form erfolgende Hilfe könnte nur diejenigen Interessen gefährden, denen das Blatt dient.

So wird es gemacht, um die Spuren zu verwischen.

Und nun ein Wort an die französische Regierung. Von einem Gorthy und seinen Pogrombanden, von den Habsburgern und den Wittelsbachern finden wir es natürlich, daß sie

alle Mittel anwenden,

um wieder oben auf zu kommen. Aber was erwartet Frankreich von den reaktionären Kriegsheteren und Inneren in Ungarn, Oesterreich und Bayern? Glaubt man ernsthaft in Paris, daß diese skrupellosen Politiker, die bereit sind, sich dem Teufel zu verschreiben, um ihre Machtposition zu halten, Frankreich die Treue halten werden? Oder ist man in Paris so naiv, zu glauben, ein unter dem Zepher der Habsburger neu errichtetes Oesterreich-Ungarn, das verbunden wäre mit einem von den Wittelsbachern regierten Bayern, ein Element des Friedens, eine Garantie für die Ausführung des Vertrags von Versailles sein würde?

Eine derartige Auffassung beweist nur die Unkenntnis der Franzosen, in der sie sich über das Wesen dieser Reaktion befinden. Eine Verwirklichung der Bestrebungen der Gorthybanden würde im Herzen Europas ein Zentrum des Reaktionärkrieges errichten. Es gibt nur eine Friedenspartei: die Sozialdemokratie.

Freie Wirtschaft — Preiserhöhung!

An der Börse ging das deutsche Geld weiter zurück. Ein Sachverständiger schreibt dazu:

Die rasche Abwärtsbewegung der Mark, die in den letzten Tagen beobachtet wurde, wird aus naheliegenden Gründen vielfach auf Ursachen zurückgeführt, die nicht stichhaltig sind. So ist es z. B. durchaus unwahrscheinlich, daß die Furcht vor der Zwangsanleihe und der schlechte Stand der Reichsfinanzen auf die Bewegung der Devisenkurse den entscheidenden Einfluß ausüben, den man ihnen beizumessen pflegt. Die Lage der Reichsfinanzen war dem Ausland niemals verborgen und hat sich nicht mit einem Male plötzlich verschlechtert, und der Plan einer Zwangsanleihe ist schon seit mehreren Monaten das Gespräch der interessierten Finanzkreise. Gewiß drücken diese Momente auf die Nachfrage nach Mark. Warum sollte aber jetzt auf einmal der große Aufschrei der Mark aus Gründen einsetzen, die schon seit langem wirksam sind? Viel mehr Wahres ist wohl an der Annahme, daß neuerdings die

Devisen- und Notenmarkt

den Kurs der fremden Wechsel in die Höhe treiben. Aber man geht fehl, wenn man glaubt, daß es sich hier nur um Leute handelt, die ihr Kapital aus der unsicheren deutschen Münze in fremde Geldorten umschlagen. Wer sind die anderen? — Doch nur Leute, die Devisen gebrauchen können! Man rede doch bei der Behandlung der Valuta nicht immer mit Wirtswahrscheinlichkeiten, wie der von dem „Vertrauen des Auslandes“, aneinander vorbei. Das schönste Vertrauen der ausländischen Markinteressenten nützt uns wenig, solange die deutsche Notenpresse das Markangebot vermehrt. Nun tauchen, wie jedesmal beim Fallen der Mark, so auch jetzt, Meldungen auf, wonach an ausländischen Börsenplätzen große Markbeträge auf den Markt geworfen werden.

Welches sind nun die nächstliegenden Gründe für den jetzigen Tiefstand der Mark? Der sorgsame Beobachter der Wirtschaft weiß, daß bis vor kurzem die Devisenabgabe der Reichsbank aus den durch die Devisenbeschaffungsstelle gesammelten Beständen den Kurs der Mark vor geringeren Stößen bewahrt haben. Nun läßt sich seit einiger Zeit feststellen, daß insbesondere Hamburger und Kölner Einfuhrfirmen mit einem erheblichen Devisenbedarf rechnen und fremde Wechsel ankaufen. Dieser verstärkten Nachfrage scheint das „Fettpolster“ des deutschen Valutabestandes nicht mehr voll gewachsen. Woher kommt aber der Devisenbedarf der Importeure? Es ist bekannt, daß das Reichsernährungsministerium die

Einfuhr von Käse, Eiern, Gemüse und Obst freigegeben hat. Wirft sich schon hierbei die Frage auf, ob man die Einfuhr von Käse nicht besser bei Zuzugnahme des holländischen Staatskredits geregelt hätte, und warum wir uns an Gemüse und Obst überkaufen können, während es an hochwertigen Nahrungsmitteln, wie Getreide, noch immer fehlt, so kommt hinzu, daß nun auch die Weizeinfuhr freigegeben worden ist und daß die Einfuhrfreiheit für Schmalz, Delikatessen und Feingewebe durch einen Beschluß des Volkswirtschaftlichen Reichstagsausschusses gegen die sozialistischen Stimmen in nahe Aussicht gestellt ist. Das Reichsernährungs-

ministerium, dessen jetziger Leiter Herr Hermann, steht diesen Plänen natürlich sympathisch gegenüber.

Wald müssen bei dieser Entwicklung die Preise für Lebensmittel und Rohstoffe steigen.

Die Früchte einer zielbewußten monatelangen Aufbauarbeit gehen der deutschen Wirtschaft verloren und fließen ein paar skrupellosen Spekulanten zu. Was sich jetzt am Devisenmarkt abspielt, wo sich die Händler beim Erwerb der fremden Zahlungsmittel planlos überbieten, ist nur ein Vorpiel für ihre Tätigkeit am Weltmarkt, wo sie sich ebenfalls auf Kosten des Verbrauchers gegenständig die Ware abjagen und die Preise in die Höhe treiben werden. Es ist ernsthaft zu befürchten, daß das Volk die Folgen der unglückseligen Leitung der Ernährungswirtschaft am eigenen Leibe spüren wird. Die sozialdemokratische Presse hat unausgeseht auch für die Einfuhr die straffe Organisation gefordert. Die bürgerliche Regierung scheint aber die Warnungen in den Wind geschlagen zu haben.

Feiglinge oder Narren?

In der unabhängigen Presse wird folgende Notiz verbreitet: 68 Reichstagsabgeordnete der Unabhängigen Sozialdemokratie haben erklärt, die Moskauer Bedingungen grundsätzlich abzulehnen und den eventuellen Ausschluß vorzuziehen. Zwei Genossen haben ihre Mandate bereits niedergelegt.

Von „Grundsätzen“ haben die Unabhängigen immer nur geredet, aber noch kein Mensch (einschließlich der Unabhängigen selbst) ist darüber klar geworden, was eigentlich unabhängige Grundsätze sind. Das berühmte Leipziger Aktionsprogramm ist ein Nachwerk, zusammengemaischt aus den allen Forderungen der Sozialdemokratie und Konzeptionen an die Kommunisten. Je nach dem persönlichen Geschmack des einzelnen und der Stimmung der Massen wurde das Hauptgewicht bald auf die sozialdemokratischen, bald auf die kommunistischen Teile des Aktionsprogramms gelegt. Wie die ganze Partei selbst war das Programm: ein Sammelsurium der widerstreitendsten Auffassungen. Kaum entstanden, waren die „Grundsätze“ der Unabhängigen schon wieder aufgegeben, und jeder legte sie aus nach dem Worte des Kanzlers Michaelis: Wie ich sie auffasse!

Nun kommen 68 Abgeordnete und erklären sich „grundsätzlich“ gegen die Moskauer Bedingungen, die nach Moskau kein Statut, sondern die Essenz von Erfahrungen sind, welche bei der Anwendung der sogenannten Diktatur des Proletariats gemacht wurden. Soll nun die Erklärung der 68 besagen, daß sie gegen den Gedanken der Diktatur sind. Wollen sie zur Anwendung demokratischer Grundsätze zurückkehren?

Nach allem, was bisher von den Gegnern des Anschlusses unter den Unabhängigen gesagt und geschrieben wurde, verwirren auch sie nicht grundsätzlich die Diktatur. Was soll dann aber die Phrase von der „grundsätzlichen“ Ablehnung? Auf-land ist das einzige Land, das Erfahrungen in der Anwendung der Diktatur gemacht hat. Wem vor dem Ergebnis von Erfahrungen graut, der muß sich darüber klar sein, daß ein System, bei dessen Anwendung solche Ergebnisse erzielt werden, ein durchaus verfehltes ist.

Diktatur verlangt zu ihrer Durchführung die Herrschaft einzelner, erfordert den Terror und blutige Unterdrückung jeder andern Meinung. Das eben ist der Kern der russischen Erfahrungen. Wer also nicht den gleichen Weg gehen will, der muß den Gedanken der Diktatur ablehnen und festhalten am alten Ideal der Arbeitermacht: der Demokratie. Eine nichtsagende Phrase ist darum die „grundsätzliche Gegnerchaft“ zu den Moskauer Bedingungen bei gleichzeitiger Anerkennung des Rätesystems und der Diktatur.

Nur Feiglinge, die sich scheuen, einen Irrtum einzugehen, oder heillosen Witzköpfe können Erklärungen nach dem Muster der 68 unabhängigen Reichstagsabgeordneten abgeben.

Vom Pazifistenkongreß.

In Braunschweig begann am Donnerstag der 9. Deutsche Pazifistenkongreß mit der Beratung des Themas Völkerverbund. Die Tagung wurde mit einer Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft eröffnet. Die Entwaffnungsfrage stand zur Beratung. Chefredakteur Ruschke (Berlin) begründete einen von ihm eingebrachten Antrag: Wägige Abschaffung des Krieges durch internationale Verhandlungen Abriistung auch der übrigen Staaten, sofortige Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund, Schaffung einer internationalen Ge-

Kulturbarmes, Besessung des Wehrwangs und Wehrpflicht, Aufrechterhaltung des innern Friedens durch Zivilpolizei. Hauptmann Meyer (Berlin) forderte die Mitarbeit der Deutschen Friedensgesellschaft bei der Entwaffnung und Hilfe für die noch in den Katakomben befindlichen Schwerverletzten aus dem Felde. Dr. Müller (Berlin) verlangte im Namen der Berliner Ortsgruppe der Friedensfreunde Abschaffung der Todesstrafe in Deutschland. Bestrebungen auf Wiedereinführung der Wehrpflicht sind zu verwerfen. Die Dienstverweigerung soll durch die Friedensgesellschaft international organisiert werden. Dr. Müller, der den radikalen Flügel des Sozialismus vertritt, stieß auf starken Widerstand. Gelmut von Gerlach versuchte zu versöhnen. In einem Antrag legte er folgende Gedanken nieder: Dem Versuch, die Wehrpflicht wieder einzuführen, muß sich die Friedensgesellschaft widersetzen. Sie appelliert an die Pazifisten aller Länder, mit aller Kraft auf Abschaffung der Wehrpflicht zu dringen. Die Dienstverweigerung bleibt eine Gewissensfrage.

Dann begann die Diskussion, an der sich 20 Redner beteiligten. Die Versammlung einigte sich nach lebhafter Aussprache auf die im Antrage Gerlach formulierten Forderungen.

Zitatensfälscher.

Man sieht überall antisemitische Drecksflecke angeklebt mit einem „Lassalle-Zitat“, das auch die Wandertreuer des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes aus ihrem Schmindebüchlein, das sie von ihrer Zentrale in Hamburg erhalten, vorlesen. Es lautet:

Lassalle sagt: „Die Arbeiterbewegung hat sich ferngehalten von Kapitalisten und Juden; wo diese als Leiter und Führer auftraten, da verfolgten sie auch eigne jüdische Zwecke.“

Es wandte sich darauf Rechtsanwalt Foerder (Breslau) an den Deutschböhmischen Säug- und Trugbund in Hamburg und ersuchte um Mitteilung, in welchem Band und auf welcher Seite der Lassalleschen Schriften das Zitat zu finden sei. Die Antwort lautet:

Hamburg, den 29. Juni 1920.

Herrn Rechtsanwalt Foerder, Breslau.
Ihre gewünschte Auskunft über den Ausspruch von Lassalle können wir Ihnen nicht geben. Der Ausspruch findet sich in Friedrich „Hörbuch der Judenfrage“ ohne Quellenangabe. Auf eine Anfrage unsererseits beim Verlag in Leipzig konnte Herr Frisch die Quelle augenscheinlich nicht angeben. (!) Wir werden noch einmal versuchen (!), in den Schriften von Lassalle selbst nachzugehen. Wir werden Ihnen dann die gewünschte Auskunft geben.

Mit deutschem Gruß
Deutschböhmischer Säug- und Trugbund,
Hauptgeschäftsstelle Hamburg,
gez.: Unterschrift.

Die Herren werden die Schriften von Lassalle umsonst nachsehen. Es gibt keine Ausgabe, die dieses Zitat enthält, denn Lassalle hat derartiges nirgends gesprochen oder geschrieben.

Das Vorkommnis zeigt erneut: Wo es möglich ist, den deutschnationalen Behauptungen auf den Grund zu gehen, da entpuppen sie sich als bewusste Lügen und Fälschungen.

Der Termin der Landtagswahlen.

Der Aeltestenrat der Preussischen Landesversammlung hat heute vormittag den Antrag der Deutschnationalen, die Landtagswahlen spätestens am 12. Dezember vorzunehmen, abgelehnt, dagegen den Antrag Dominicus angenommen, die Wahlen innerhalb drei Monaten nach Verabschiedung der Verfassung vorzunehmen.

Das neue Hebammengesetz.

Vor Jahresfrist hat die Preussische Landesversammlung die Regierung aufgefordert, ihr so rasch als möglich ein Gesetz über die Neugestaltung des Hebammerewesens zu unterbreiten. Diesem Ersuchen ist die Regierung jetzt nachgekommen. Der Entwurf, der davon ausgeht, daß zur Abstellung der Mängel im Hebammenwesen der Hebel bei der wirtschaftlichen Lage der Hebammen angefaßt werden muß, sieht eine Beschränkung der Anzahl der Hebammen auf das notwendige Maß und ihre angemessene Verteilung über das ganze Land vor. Zu diesem Zwecke soll die in einem großen Teile der Landkreise bestehende Einrichtung der Bezirkshebammen ausgebaut und allgemein auf Stadt und Land erstreckt werden. Grundsätzlich sollen in Zukunft nur noch Bezirkshebammen die Geburtshilfe ausüben dürfen.

Die Bezirkshebammen werden von einem öffentlich-rechtlichen Verband entweder als Kommunalbeamtinnen angestellt oder gegen ein festes Einkommen und ein bestimmtes Ruhegehalt auf Grund statutarischer Regelung durch Privatdienstvertrag angenommen. Die Erhebung oder Annahme von Gebühren wird ihnen ausdrücklich verboten. Rechtssträger für die Einrichtung der Bezirkshebammen sind die Kreise. Die Kosten sollen nicht etwa durch allgemeine Steuern gedeckt werden, die Kreise erhalten vielmehr das Recht, für die herkömmlichen Dienstleistungen ihrer Bezirkshebammen eine Vergütung zu fordern, die sich mangels anderweitiger Vereinbarung nach der Gebührenordnung bemisst. Krankenkassen, die einer Versicherung im Falle der Zuziehung einer Hebamme bei Schwangerschaftsbeschwerden oder nach einer Niederkunft auf Grund der Reichsversicherungsordnung bare Beihilfen zahlen müssen, haben an den Kreis einen in der Gebührenordnung festzusetzenden Pauschalbetrag zu entrichten, wenn die Versicherung bei Schwangerschaftsbeschwerden eine Bezirkshebamme in Anspruch genommen hat oder wenn sie entbunden worden ist.

Großen Wert legt der Entwurf auf die Ausbildung der Hebammen. Diesem Zwecke dienen neben den in jedem Kreise zu errichtenden Hebammenstellen die Provinzialhebammenstellen. Hebammen ist die Ausübung der Geburtshilfe nur gestattet, wenn sie ihr Prüfungszeugnis von einer preussischen Behörde erhalten haben oder auf Grund einer außerhalb Preußens erfolgten gleichwertigen Ausbildung vom Minister für Volkswohlfahrt zur Ausübung der Geburtshilfe zugelassen sind und wenn sie ferner entweder als Bezirkshebamme angestellt oder angenommen sind oder im Dienst einer Entbindung- oder Krankenanstalt stehen.

Die Tendenz des Entwurfs ist also einmal die materielle Sicherstellung und zweitens eine sorgfältige Vorbildung der Hebammen und damit zugleich eine Hebung des Berufs und eine Förderung der Geburtshilfe im Interesse der Volksgesundheit.

„Futtertruppenwirtschaft“.

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben: Ein durch die deutsch-nationale Presse gegangener Zeitartikel der Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei bemüht sich, mit den üblichen demagogischen Phrasen die vom „Obergenossen“ Sebering ernannten „neuzellischen“ Landräte an den „Pranger“ zu stellen und ihnen gegenüber die Landräte des alten Regimes als vorbildliche Beamte hinzustellen. Insbesondere wird die Schale des deutschnationalen Bornes über den Landrat Kaspere in Sangerhausen ausgegossen.

Man trifft es sich außerordentlich gut, daß wir auf Grund eigener Anschauungen in der Lage sind, zu beweisen, wie ausgezeichnet die hochkonservativen Amtsvorgänger gerade des Landrats Kaspere als „vorbildliche“ Beamte ihren Dienst versehen haben. Das Landratsamt Sangerhausen war in den letzten Jahrzehnten erblich gewesen; Vater und Sohn aus einer altabgesehenen Familie — wir wollen den Namen jetzt nicht nennen, da auch der Sohn, der letzte Landrat, jetzt gestorben ist — verwalteten das Amt (beileibe nicht die Futtertruppe!) hintereinander. Als nun der letzte Landrat aus diesem Geschlecht während des Krieges starb, da stellte sich heraus, daß ein großer Schrank vom Format eines sehr umfangreichen Kleiderchranks vollgestopft zurückgelassen war mit unerledigten Akten aus den Jahren bis zurück zu 1907/08. Dem sozialdemokratischen Landrat, der diesen Müß nachher aufzuarbeiten hatte, mußte zur Bewältigung dieser Aktenmassen eigens eine Regierungshilfe bewilligt werden. Unter den unerledigten Akten befanden sich äußerst wichtige Angelegenheiten, bei denen Verzögerungen und Verschleppungen für die Antragsteller meist bedeutende Verluste mit sich bringen. Der Herr Landrat hatte allerdings zur Erledigung dieser Dienstgeschäfte keine Zeit, denn er war ein leidenschaftlicher Jagdliebhaber und ließ ebenso wie viele seiner Kollegen seinen Kreissekretär für ihn die Arbeit machen, die dieser denn auch mit Faksimilestempeln des vorbildlichen Landrats besorgte. Neben seiner Jagdliebhaberei erforderten allerdings auch noch die bar bezahlten Arbeiten für die Anstalt-Regulierungs-Sozialität und die Kreis-Feuer-Sozialität die Arbeitskraft des Herrn Landrats. Für den eigentlichen Dienst konnte da natürlich nichts übrigbleiben. Wie gefällt der „Deutschnationalen Korrespondenz“ dieses Stücklein?

Zwei Fälle.

Das „Berliner Tageblatt“ erhält aus Beamtenkreisen folgende Zuschrift:

Fall 1: 1908/09. Die „Deutsche Postzeitung“, das Organ des Verbandes der mittleren Postbeamten, bringt einen Artikel, der bei der Postverwaltung Ärger erregt. Der verantwortliche Redakteur ist nicht zu fassen. Aber der Vorsitzende des Verbandes, Oberpostassistent Bollsch, ist Beamter. Er wird verantwortlich gemacht, sofort vom Dienst entbunden, gegen ihn wird ein Disziplinarverfahren eröffnet, er wird unter Vermeidung seines Dienstehelms strafverurteilt nach Masuren in Ostpreußen.

Fall 2: März 1920. Der Oberpostdirektor von Berlin, Geheimrat Sönlis, wird von Rapp zum Reichsminister ernannt. Sönlis begibt sich in das Reichsministerium, um den Ministerpräsidenten des Herrn Cieszkowski einzunehmen. Der Plan mißglückt, die Beamten verweigern die Gefolgschaft. Sönlis wird auf einen hohen Posten ins Ministerium berufen. Die Verwaltung erklärt, man sei streng nach dem Reichsbeamtengesetz verfahren. Die Einstellung des Disziplinarverfahrens sei aber mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand notwendig gewesen.

Wie urteilt man darüber im Volke und in der Beamtenenschaft? Den Großen läßt man laufen, befördert und pensioniert man mit erhöhtem Ruhegehalt; den Kleinen aber schießt man in die Wüste, sein Gehalt setzt man herab. Unsere republikanische Regierung sollte nicht vergessen, daß eine solche Behandlung bei einer erneuten Skandale noch mehr der Richtung Sönlis geistesverwandte Beamte in den Dienst der Reaktion locken muß.

Sinecuren für Kriegsverlängerer.

Durch die Presse geht ohne Kritik folgende Notiz: Generalfeldmarschall von Hindenburg wurde an Stelle des verstorbenen Admirals Knorr zum Dekananten des Großflottens Dom Brandenburger gewählt und gestern als solcher eingeführt. Der Generalfeldmarschall gehört dem Kapitel bereits seit 1915 als Domherr an.

Die Posten sind gut bezahlt; auch die Revolution hat daran nichts geändert, daß hohe Militärs, hohe und höchste Beamte hier neben ihrer Pension versorgt werden. Diese Stifte, Klöster, Domkapitel usw. könnte man zu den infolge des Krieges entstandenen furchtbaren Allgemeinschulden etwas mehr heranziehen. Admirale, Generale usw. in den Institutionen der Kirche, der Organisation der christlichen Nächstenliebe, als Verwalter — ein Gegensatz, der auch nicht über ist. Das Volk trägt die Lasten, die Sinecuren sind für die Kriegsverlängerer.

Preussische Landesversammlung.

161. Sitzung.

Berlin, 30. September.

Als erster Punkt der Tagesordnung kommt der Gesetzentwurf betreffend das Gemeindefeldwahlrecht in Helgoland, der bestimmt, daß nur solche Helgoländer wahlberechtigt sind, die 6 Jahre ortsanfänglich sind.

Abg. Brexour (Soz.): Meine Parteifreunde haben gegen den Regierungsentwurf schmerzhafte Bedenken. Die verlangte fünfjährige Ortsanfänglichkeit schlägt jedem demokratischen Empfinden ins Gesicht, um so mehr, als nach dem Gemeindefeldwahlrecht nur eine sechsmonatige Ortsanfänglichkeit festgesetzt ist, die nach Reichsgesetz nur bis zu einer einjährigen gehen kann. Die Ausnahme für Helgoland ist aus keinerlei sachlichen Gründen berechtigt, insbesondere ist die Berufung auf den Sanjibarvertrag durchaus falsch. Die ganze Bestimmung hat nur den Zweck, einer Anzahl der begüterten Bevölkerung, insbesondere der Geschäftsleute, ihre alten Vorrechte

zu erhalten. (Sehr richtig!) Redner führt eine Anzahl Beispiele dafür an, so hat z. B. der Spar- und Konsumverein in Wismar darum kämpfen müssen, daß auch ihm die rationellsten Lebensmittel zur Verteilung an seine Mitglieder überlassen wurden. Der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins hat die schwersten Vorwürfe gegen die Wirtschaft der Gemeindefeldverwaltung erhoben und das Gericht hat den Wahrheitsbeweis als erbracht angesehen. (Hört, hört!) Wir stimmen dafür, das Gesetz dem Gemeindefeldauschuß zu überweisen. (Weißfall sinkt.)

Abg. Schmitt (Dem.): Wir stehen dem Entwurf freundlich gegenüber und stimmen für Ausschlußberatung.

Abg. Klingemann (dt.-natl.) tritt für die Vorlage ein.

Abg. Killan (Unabh. Soz.): Diese Vorlage bekämpfen wir auf das Schärfste.

Das Gesetz geht an den Gemeindefeldauschuß. Nunmehr folgt die zweite Beratung der Vorlage über die Änderung des Gesetzes betreffend Besetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen.

Das Gesetz wird nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen. Den Gesetzentwurf über das Hebammenwesen beantragt Abg. Schmieding (Fr.) an den Hauptauschuß zu überweisen.

Abg. Schred (Soz.): Das Gesetz bedeutet einen wesentlichen Fortschritt. Es gehört vor den Bevölkerungsausschuß.

Ministerialdirektor Gottstein: Wir hoffen mit den Vertretern aller Parteien im Ausschuß zu einer Einigung zu kommen. Nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen dem Abgeordneten Dr. Wehl (Unabh. Soz.) und Bronisch (dt.-natl.) wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen und die Vorlage dem Ausschuß für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Nunmehr begründet Abg. Diller (Dem.) eine große Anfrage seiner Partei, worin die Regierung ersucht wird, die gewerbmäßige Nebenarbeit von Beamten, Angestellten und Arbeitern des Staates zu untersagen. Dem Landwirt wird hier eine unlaute Konkurrenz gemacht. Man sollte auch berücksichtigen, daß der Handwerker sehr hohe Steuern zu zahlen hat.

Ein Regierungsvertreter teilt mit, daß in den Staatswerkstätten den Angestellten und Arbeitern die sogenannte „Pflanzarbeit“ verboten sei. Die Regierung werde weiterhin für Abhilfe sorgen.

Abg. Dr. Saper (Fr.) begründet eine große Anfrage über die finanzielle Notlage der Gemeinden.

Ein Regierungsvertreter teilt mit, daß vom Reich die Vorschläge bereitgestellt werden sollten. Schon in den nächsten Tagen werde diese Frage geklärt sein.

Abg. Klauener (Unabh. Soz.) begründet einen Antrag seiner Partei, der sich gegen den Abbruch von Regaleisen richtet.

Ein Regierungsvertreter sagt durchgehende Abhilfe zu.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Weiterhin wird ein demokratischer Antrag über Ausbildung der Beherden für weibliche Handarbeiten und Hauswirtschaftskunde nach kurzer Begründung durch den Abg. Degenhard dem Unterausschuß überwiesen.

Notizen.

Die Verteilung der deutschen Flotte. Die Botschafterkonferenz in Paris nahm von mehreren deutschen Noten Kenntnis und genehmigte die Verteilung von deutschen Schiffseinheiten, die der französischen und der italienischen Flotte einverleibt werden sollen. Frankreich erhält drei große Unterseeboote, drei kleine Unterseeboote, einen großen und einen kleinen Minenleger, ein Instruktionsunterseeboot, fünf leichte Kreuzer und neun Zerstörer.

Auf der Fahrt nach Moskau. Nach einer Stefani-Meldung wurde die Tagung der Sozialistischen Parteiführung fortgesetzt. Der Generalsekretär der Partei Genardi gab der Notwendigkeit Ausdruck, aus den Zweideutigkeiten herauszukommen und die Partei zu reinigen. Der Chefredakteur des „Avanti“, Seratti, erklärte, Moskau sei sehr leicht über die politische Lage Italiens unterrichtet gewesen. Andre Redner traten ebenfalls für die Reinigung der Partei ein. Genardi brachte eine Entschließung ein, die den Bericht billigt. Der Genardi auf dem Moskauer Kongreß über die Stellung der Sozialistischen Partei Italiens erörtert hat, und welche erklärt, alle auf dem Kongreß beschlossenen Beschlüsse anzunehmen, soweit sie alle der dritten Internationalen angehörenden Parteien verpflichten. Diese Vorschläge sollen dem nächsten Parteitag vorgelegt werden, namentlich diejenigen, welche die parlamentarische Gruppe der Gewerkschaften und die nichtkommunistischen Elemente betreffen. Diese Entschließung wurde von der Mehrheit angenommen.

Internationaler Eisenbahnerkongreß in London. Das Sekretariat der internationalen Transportarbeiter-Föderation gibt bekannt: Am 29. November wird in London ein internationaler Kongreß der Eisenbahner stattfinden. Der Kongreß, zu dem alle Organisationen, die der Föderation angeschlossen sind, Zutritt haben, wird die Mittel erörtern, die zur baldigen Einführung des Achtstundentages führen können.

Depeschen.

Ein ungetreuer Volksvertreter.

W. L. Berlin, 1. Oktober. Der Geschäftsordnungsausschuß der Preussischen Landesversammlung beschloß, die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Wilhelm Schulz (Frl.) zu erteilen, da dieser dringend verdächtig ist, als Ernährungsminister für Schleswig-Holstein sich zahlreicher Unregelmäßigkeiten schuldig gemacht zu haben.

Tumultszenen im Stadtparlament.

L. U. Offenbach, 1. Oktober. Die gestern tagende Stadtverordneten-Versammlung wurde bei der Diskussion über den Antrag des Hausbesitzervereins, Erhebung einer 80prozentigen Mietsteuer, durch die Zuschauer erheblich gestört, so daß der Vorsitzende die Sitzung schließen mußte.

Der Hungertod des Bürgermeisters von Corf.

L. U. Paris, 1. Oktober. Wie die „Parole libre“ aus London erfahren haben will, soll der Bürgermeister von Corf schon gestorben sein. Die englische Regierung hatte Interesse daran, die Katastrophe noch einige Tage lang zu geheimnissen, um Kundgebungen bei der Beerdigung vorzubeugen. Es sind jetzt ungefähr 7 Wochen her, seit der Bürgermeister mit einer Anzahl zugleich verhafteter Sinnfreier in den Hungerstreik getreten ist.

Vor dem großen englischen Streik?

L. U. London, 1. Oktober. Die Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und dem Komitee der Grubenbesitzer sind gescheitert. Robert Smillie, der Führer der Bergarbeiter, schlägt vor, über den Streik durch eine nochmalige Abstimmung zu entscheiden. Heute vormittag hat Lloyd George mit dem Komitee der Grubenbesitzer und den Delegierten der Bergarbeiter eine Konferenz abgehalten, um einen Ausweg noch zu suchen.

Sie sollen den Sultan verjagen.

W. L. Amsterdam, 1. Oktober. Aus dem ausführlichen Bericht des Konstantinopler „Times“-Korrespondenten über den kommunistischen Kongreß in Baku ist zu entnehmen, daß Sinowjew auf dem Kongreß die Hoffnung ausdrückte, daß ein solcher Kongreß bald in Konstantinopel und London stattfinden werde. Die Türken können nur dann auf eine Unterstützung der Sowjetregierung rechnen, wenn sie den Kommunismus annehmen und den Sultan samt dem Kalifat verjagen.

18. Sitzung der Stadtverordneten.

Magdeburg den 30. September 1920.

Nach Einführung der Stadtv. Seidler (Soz.), Pletschner (Soz.), Keller (Dem.) und Humbert (Dem.) und nach Bekanntgabe einer ganzen Reihe von Mitteilungen und Eingaben durch den Stadtv. Vorst. Hoffmann werden verschiedene Ueberschreibungen bei den Haushaltungsplänen genehmigt. Die Magistratsvorlage, die Wahrnehmung der

staatlichen Kreisinspektoren durch die Stadtschulräte aufzugeben, löst eine lange Besprechung aus.

Stadtv. Koch (Soz.): Der Schulausschuß ist gegen eine Trennung von Stadtschul- und Kreisinspektoren und empfiehlt die Anstellung von zwei besonderen Stadtschulinspektoren.

Stadtv. Dr. Bohner (Dem.) dagegen ist für die Abgabe der Kreisinspektoren der Kostenfrage wegen.

Stadtv. Friebe (Soz.): Der Stadtv. muß der Einfluß auf die Schulen, vor allem auf den innern Betrieb, voll gesichert bleiben. Die Kosten sind nicht so erheblich. Die Magistratsvorlage ist abzulehnen.

Stadtschulrat Dr. Franke gibt gewisse Nachteile bei der Aufgabe der Kreisinspektoren durch die Stadt an, hält aber wegen der Mehrkosten von 200 000 Mark die Ueberlassung der Inspektion an den Staat für richtig und die Anstellung von besonderen Stadtschulinspektoren für nicht geboten.

Stadtv. Marly und Stadtschulrat Nordmann treten ebenfalls für die Magistratsvorlage ein.

Stadtv. Friebe (Soz.) weist darauf hin, daß von 25 Städten 22 für die Ueberlassung der Kreisinspektoren bei der Stadt sind. Die Kosten sind viel zu hoch angenommen.

Stadtv. Mübiger (Soz.) mündert sich, daß die Demokraten ein Recht der Stadt ausüben wollen.

Gegenüber den finanziellen Bedenken des Bürgermeisters Paul macht Stadtv. Koch (Soz.) geltend, daß auf dem Gebiete des Schulwesens nicht die finanzielle Frage ausschlaggebend sein darf. Der Schulausschuß läßt sich auch nicht von politischen Gesichtspunkten leiten, wenn er die Ablehnung der Vorlage empfiehlt.

Die Mehrheit der Versammlung schließt sich diesem Ablehnungsantrag an.

Die Besoldungsregelung der Lehrkräfte an den gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen und ihre Versorgungsbefreiung, ferner die Erhöhung der Entschädigung der Hausmeister der städtischen Schulen für die Reinigung werden genehmigt. Die Eingabe des Magdeburger Lehrervereins über Gehalts- und Nachzahlungen wird zum Beschluß erhoben und der Bericht des Magistrats über die Tätigkeit der Waupolizei kommissarisch zur Kenntnis genommen. Die Zusammenstellung der vom Magistrat erfolgten Entschlüsselungen auf die von der Stadtverordneten-Versammlung gefaßten Beschlüsse wird ohne Einwendungen zur Kenntnis genommen.

Der Erhöhung der Stundenlöhne der städtischen Arbeiter sowie der Lohnerhöhung für das Personal der Krankenhäuser und des Versorgungsheims, über die wir in der „Volksstimme“ besonders berichtet haben, wird ohne Aussprache zugestimmt.

Der Antrag der vereinigten Reichsparteien, den Zeugungsausschuß und den Ausschuß zur Vorbereitung der Besoldungsarbeiten aufzuheben und ein Personalausschuß zu bilden, wird nach Erklärungen des Stadtv. Weinert (Soz.) und des Stadtrats Dr. Landsberg vom Stadtv. Neue (Mediz.) zurückgezogen.

Die Errichtung eines Kleingartenamts fordert ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der vom Stadtv. Becker (Soz.) begründet wird.

Stadtv. Menning (Dem.) glaubt, daß die Landwirte durch die Beschaffung von Ackerland für Kleingärtner geschädigt werden und schlägt vor, den Grauer Anger für Schrebergärten zur Verfügung zu stellen. Die Verzögerung der Errichtung eines Pachteinigungsamts ist bedauerlich.

Stadtrat Dr. Menke: Die Schuld liegt beim Ministerium. Gärtdirektion, Kleingartenbezugsamt und Ackerdeputation sind in der Lage, auch weiterhin die Arbeiten vorzubereiten zu erledigen.

Stadtv. Behle (Mediz.) hält die Errichtung des Amtes für

sehr bedenklich und empfiehlt die Durchberatung der Sache in der Gartendeputation.

Stadtv. Heibrod (Soz.): Das Amt soll auch im Interesse der Landwirte arbeiten und eine Verbindung zwischen diesen und den Kleingärtnern herbeiführen. Die Unkosten sind unerheblich, ein Direktorposten soll nicht geschaffen werden. Es ist noch nichts Ausreichendes für die Kleingartenbewegung getan. Es muß alles geschehen, um der städtischen Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, auf einem Stück Land ihren Bedarf an Lebensmitteln aufzubessern.

Oberbürgermeister Weims spricht sich gegen die Schaffung eines neuen Amtes aus. Durch die Aufteilung größerer Ackerflächen in kleine Gärten wird der Volksernährung kein Vorteil geschaffen. Der Kleingärtner nützt den Acker nicht genügend aus.

Stadtv. Becker (Soz.): Die Nahrungsmittelnot zwingt die großstädtische Bevölkerung zur Forderung nach Gartenland zum Anbau von Lebensmitteln. Eine ministerielle Verfügung bestimmt ohne weiteres die Errichtung dieses Amtes, eine Ueberweisung an die Ackerdeputation ist also nicht erst notwendig.

Stadtv. Keller (Dem.): Land kann nicht zur Verfügung gestellt werden. Die Verwendungen an Land können also nicht bezichtigt werden. Das Kleingartenamt ist nicht notwendig.

Stadtv. Plumborn (Soz.): Die Wünsche der Bevölkerung nach Acker sind berechtigt. Jedem Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten ist Land versprochen worden. Es ist nicht wahr, daß die Schrebergärtner den Acker nicht ausnützen; eine gewissenhafte Bewirtschaftung ist vorhanden. Das Land wird also nicht der Volksernährung entzogen. Die kleinen Parzellen bringen dem Haushalt des kleinen Mannes großen Vorteil. Der Schrebergärtner ist nicht der Schädling an der Volksernährung. Das Kleingartenamt ist sehr nützlich und wichtig, es wird die Interessen zwischen Landwirt und Schrebergärtner ausgleichen können.

Stadtv. Vorst. Müller (Dem.) behauptet, daß nur ein kleiner Teil der Schrebergärten intensiv bewirtschaftet wird.

Oberbürgermeister Weims empfiehlt die Umbenennung der Ackerdeputation in Kleingartenamt.

Nach Ablehnung des Antrags Keller (Dem.) auf Ueberweisung der Angelegenheit an die Ackerdeputation wird der sozialdemokratische Antrag auf Errichtung eines Kleingartenamts angenommen.

Die Richtlinien für die Vergabe von städtischen Grundstücken in Erbbaurecht, die wir unter „Magdeburger Angelegenheiten“ in dieser Nummer der „Volksstimme“ abdrucken, werden genehmigt. Der Magistrat wird beauftragt, einen Normalarbeitsvertrag auszuarbeiten und ihn dem Wohnungsausschuß zur Genehmigung vorzulegen. Zur Einführung des Gesetzes über die Umlageung von Grundstücken durch Ortsstatut wird die Ermächtigung erteilt.

Eine Deputation der Arbeitslosen verlangt sofortige Besprechung der Forderungen der Erwerbslosen unter Teilnahme an den Verhandlungen im Sitzungssaal. Die Stadtv. Flüge, Pletschner, Hoffmann 2. Vorst. und Dr. Behle werden bestimmt, mit den vor dem Rathaus erschienenen Erwerbslosen zu verhandeln.

Einigen Kleinern Vorlagen wird ohne Aussprache zugestimmt, u. a. der Gehaltserhöhung für Kranken-transporte und freiwillige Hilfeleistung der Feuerwehr. Die Vorschriften über die Errichtung von Grabhügeln, Denkmälern und Grabenfassungen auf den städtischen Friedhöfen gehen nach längerer Aussprache an den Friedhofsausschuß zurück. Der Erhöhung verschiedener Friedhofsgeldern wird mit einigen Änderungen zugestimmt. Dann erhält Stadtv. Behle (Mediz.) das Wort zum Bericht über die Verhandlung der Kommission mit der Erwerbslosen-Deputation und trägt die Forderungen der Arbeitslosen vor.

Stadtv. Flüge (Soz.): Den Arbeitslosen geht es bitter schlecht. Soweit es irgend möglich ist, muß ihnen geholfen werden. Die Beschwerden über das Arbeitsamt sind der Arbeitsnachweis-Kommission zu überweisen, da eine Nachprüfung im Augenblick nicht möglich ist. Es muß gerügt werden, daß die Nachweis-Kommission und die Fürsorgekommission sehr selten tagen. Dadurch ist Konflikstoff entstanden.

Stadtv. Vorst. Hoffmann (Soz.): Eine Aussprache über die Forderungen der Erwerbslosen ist bei der umfangreichen Tagesordnung der Sitzung unmöglich. Auch müssen die Stadtverord-

neten erst Unterlagen haben, bevor in die Erörterung über die Wünsche der Arbeitslosen eingetreten werden kann. Es empfiehlt sich, zur Klärung der Fragen einen besonderen Ausschuß von 18 Stadtverordneten zu wählen, der dann mit den Vertretern der Arbeitslosen verhandeln soll.

Stadtv. Hoffmann (Unabh. Soz.) hält ebenfalls diese Lösung für richtig. Es wird demgemäß einstimmig beschlossen.

Die Demokraten fragen an, welche Maßnahmen der Magistrat zur Kartoffelversorgung der Stadt und zur Behebung der Kartoffelnot und der Deuntuhigung der Bevölkerung zu treffen gedenke. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt vom Magistrat, bei der Regierung dringend energische Maßnahmen zu beantragen, durch die dem Bürger mit Kartoffeln und andern wichtigen Nahrungsmitteln entgegengewirkt wird.

Stadtv. Schüler (Dem.): Der größte Teil der Bevölkerung ist nicht in der Lage, die hohen Kartoffelpreise zu zahlen. Es ist zu bedauern, daß die Reichsregierung die Verträge bestehen läßt. Es ist nicht wahr, daß die Produktionskosten so enorm gestiegen sind. Mit Zuchthaus muß bestraft werden, der Kartoffeln ins Ausland verschiebt. Aber die Maßnahmen der Eisenbahner in der Kartoffelfrage sind zu verurteilen. Arbeitgeber und Stadtverwaltung müssen Vorkehrungen treffen, damit die Arbeiter und Angestellten ihren Bedarf so schnell wie möglich decken können. Eine Einkellerung zu den jetzigen Preisen ist unmöglich. Die Landwirtschaft kann die Kartoffeln unbedingte billiger liefern. Der Groß- und der Kleinhandel haben, in Magdeburg wenigstens, die Kartoffeln nicht verteuert. Reichsmittel müssen zur Kartoffelbeschaffung für Minderbemittelte bereitgestellt werden.

Stadtv. Henneberg (Soz.): Die Anfrage der Demokraten trifft nicht den Kern der Sache. Die Reichsregierung ist die Stelle, die Abhilfe schaffen muß. Sie hat noch kleinere Maßnahmen getroffen, um die Auswanderung der Bevölkerung durch die Landwirte zu unterbinden. Erst erklären die Landwirte den Preis von 25 Mark für zu hoch, und nun liefern sie nicht einmal für diesen hohen Preis, sondern wollen immer mehr einheimen. Sie warten mit den Lieferungen, bis das Volk unruhig wird und hoffen dann, die Regierung werde zur Vermeidung von Unruhen ihnen dann noch höhere Preise bewilligen. Eine Straffbewirtschaftung hätte nicht diese Knappheit und Teuerung zur Folge gehabt. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft hat dem Volke großen Schaden zugefügt. Die Regierung muß also eingreifen und preiswerte Kartoffeln beschaffen.

Stadtrat Dr. Landsberg: Der Magistrat kann in dieser Sache nicht viel tun. Durch die Zwangswirtschaft kann eine ausreichende geordnete Versorgung nicht erfolgen. Eine Preislenkung kann der Magistrat nicht erreichen. Der Landrat in Wolmirstedt hat sich große Mühe gegeben, eine Preislenkung unter 25 Mark durchzusetzen, aber vergeblich. So viel der Magistrat an Kartoffeln aufreiben kann, wird er heranziehen. Eine Frostreserve von 60 000 bis 80 000 Zentnern soll beschafft werden, die Ausgaben der Stadt werden dafür 2½ Millionen Mark betragen. Mehr kann die Stadt nicht leisten. Die Bevölkerung muß sich nach Möglichkeit selbst eindecken.

Stadtv. Morly (Mediz.) spricht gegen die Zwangswirtschaft und behauptet, die Landwirtschaft hält keine Kartoffeln zurück, um aus der Not des Volkes Geld zu schlagen. Die Landwirte sind froh, wenn sie Kartoffeln zu 16 und 18 Mark loswerden. Nicht die Landwirte, sondern die beherrschenden Aufläufer verteuern die Kartoffeln.

Stadtv. Heinemann (Soz.) rechtfertigt das Verhalten der Eisenbahner in der Kartoffeltransportfrage.

Stadtv. Hoffmann (Unabh. Soz.): Die Maßnahmen der Eisenbahner waren eine Notwehr. Das Vorgehen ist berechtigt. Die Landwirte berufen sich auf die Verträge und gehen von den hohen Preisen nicht herunter; auch die vertragsfreien Kartoffeln wollen sie nicht unter 25 Mark abgeben. Bei einigermaßen gutem Willen hätten die Landwirte der notleidenden Bevölkerung Kartoffeln den Zentner zu 20 Mark liefern können. Die Konsequenzen aus ihrem Verhalten müssen die Landwirte selbst tragen.

Stadtv. Weinert (Soz.): Wenn die Preise für Lebensmittel so weiter steigen, ist die Beamenschaft gezwungen, entsprechend der ungeheuren Verteuerung aller Bedarfsartikel auch eine Ver-

Die tanzende Familie Holderbusch.

Ein Volksroman aus Oesterreich von Johannes Thummerer. (16. Fortsetzung.)

Der erste Besuch dieser Aneipe ließ sich zwar nicht sonderlich amüsant für sie an, denn es verkehrten hier fast nur Fuhrleute der nahen Bauerei sowie Bauern und Händler, die vom Gang des Erzgebirges herunterkamen, um in der Stadt auf dem Wochenmarkt Kartoffeln, Butter und Käse zu verkaufen. Diese Männer kannten Marianne natürlich nicht, glockten sich, wie sie eintrat, halb die Augen aus, kimmerten sich aber bald nicht weiter um sie. Aber Marianne ließ sich durch diesen ersten Mißerfolg nicht abbrechen. Sie kam bald wieder und ward schließlich mit den Bauern und Fuhrleuten bekannt, deren Späße ihr doch mehr befielen als die Langeweile zu Hause. Durch das nachmittägliche Vergnügen angeregt, verbrachte sie die nächste Zeit mit Gustab, der von ihren Fertigkeiten natürlich keine Ahnung hatte, in besserem Einvernehmen. Als sie aber eines Tages von einem Bauern hörte, daß in der Stadt eine ihr von früheren Nummern her wohlbekannte Schenke billig zu verpachten sei, erwaachte mit einem Male wiederum ihre Verstimmung gegen Gustab. Jäh fiel ihr ein: Wenn sie und Gustab doch Geld genug hätten, um die Aneipe zu pachten! Dann hätte das trübe Leben mit einem Male ein Ende, und sie würde die Genüsse, die sie sich jetzt heimlich verschaffen mußte, alle Tage haben. . . . Aber woher den Pachtzins nehmen und ihn nicht fehlen? Bei dem geringen Verdienst Gustabs war es doch unmöglich, den Zins auch nur für ein Vierteljahr im voraus aufzubringen. Daß ihre eigene Arbeit und Faulheit ebenjohrer an ihrer beengten Lebenslage mit schuld war, bedachte sie keinen Augenblick. All ihren Haß entlud sie innerlich wiederum auf Gustab, den sie, wenn er abends müde heimkam, grab und mürrisch behandelte.

In diese Zeit fiel der Besuch ihrer Mutter. Die Alte hatte sich seit Mariannes Verheiratung nicht blicken lassen, nun kam sie gerade recht, um sich an deren Unzufriedenheit weiden zu können. Es war fast, als hätte Marianne darauf gewartet, ihren Groll bei jemand auszulassen. Sie vergaß völlig, daß sie in Feindschaft von der Mutter geschieden war. „Wie mir's geht, willst du wissen?“ legte sie los, während die Alte, behaglich den stark verführten Kaffee schlürfte. „Nu wie 'm Herrgott in Frankreich gerade nich: frühzeitig aufsteh'n, Kaffee loch'n, die Weischnitten herrichten für Guste, dann tagsüber schlaf'n, scheuern, Wäsche wasch'n, ganz wie früher derheime, nur noch e bißl schlammern. Aber das geht noch, wenn mer zu tun hat, aber wenn nich't is, schui Leisl, da konnt' mer die Krant' krieg'n vor Lanaerweil.“

Daß sie nachmittags oft in die Schenke ging, verschwiegte Marianne wohlweislich.

„Und abends?“ fragte die Alte neugierig-zufrieden. „Nu abends, da is er eb'n derham.“ Truden lachte Marianne auf. . . . „Du meine Güte, wenn ich den sechs mein' loeren Geldbeutel! Jetzt hab ich'n mal satt bis über die Ohr'n. Da sig'n mer nu bei einander und würg'n nen Keil'n Brot' runter und en Fejn' Wursch. Und da guck er nich an, und ich guck' ihn an, und dann erzähl er von seiner Arbeit. . . . Als wenn mich des interessier'n kött! Oder er spielt mit 'm Kind. . . . 's is wirklich zum Jungelriege; wenn ich nich selber manchmal e bißl Leben in de Bude bracht, kannst mer's glaub'n, 's war nich zum Aushalten.“

„Wer hätt' denn das gedenkt,“ heuchelte die Alte Teilnahme, „mit 'm Verdienst scheint's auch nich weit her zu sein, nich wahr?“ — Kalt sah sie sich in der Stube um, in der, wie vor drei Monaten schon, die Möbel recht vereinigt an den iden Wänden standen: ein Bett, ein Stuhl, ein Schrank, ein Koffer, ein Tisch. . . . Da wurde auch nicht mehr, eher weniger, bedachte sie, geschah dem Mädel ganz recht. Warum hatte sie nicht gefolgt.

„Das bißl Taglohn langt halt grad zum Leb'n, nich driebel' naus. Vielleicht daß 'r heimlich sich was zusammenspart, ich weiß nich derdovon.“ sagte Marianne, da sie der Alten fühlhäftigenden Blick bemerkte. Es reute sie nun fast, der Mutter so offenhertzig ihre Unzufriedenheit geflagt zu haben.

Die Alte wischte sich zufrieden den Mund ab. Langsam jedes Wort abwägend, sagte sie: „Nu, unberuf'n, mir geht's Gott sei's gedonkt, ganz gut. Seit mir die Mine hilft, hab ich 'ne Bedienung mehr. Jetzt bring ich se am End' als Verkäuferin unter, da verdient se doch auch e gutes Stück Geld, und am End' kann se auf die Weis', wenn se e bißl mit biffen Leit'n zusammen kummt, 'ne gute Partie mach'n, hifsch wie se is. . . .“

Marianne biß die Lippen zusammen vor Zorn. War die Alte am Ende gekommen, um ihr das alles aufzutischen? Überlegte sie und machte ein gleichgültiges, uninteressiertes Gesicht. Bedächtig fuhr die alte Holderbusch fort: „An den Dir neulich, das Glid. . . . Da sez ich in die Koff're, mein Alter um Minens Geburtstag, und wirklich, ob Du's glaubst ob'r nich, alle drei Nummern werd'n gezog'n. . . . bare dreihundert Gulb'n hab ich ausgezahl't kriegt. . . .“

Marianne riß die Augen auf. „Dreihundert Gulden? Is meglich?“ rief sie.

Die Alte nickte eifrig. „So wahr ich da steh. . . . bare dreihundert Gulb'n.“

Marianne sagte sich rasch. Geschäftig lachte sie auf. „Na ja, 's is immer so, de dümmst'n Bauern hab'n de größ'n Gedep'n.“ Doch rasch verbeiferte sie sich: „Ich mein nur bloß, die's em wenig'n brauchen, denen fällt 's Geld in de offene

Schürze. Wenn das mir passiert wär, ich könnt das Geld wenigst'n's gut anwend'n.“

Jäh war ihr eingefallen, daß sich die Alte vielleicht überreden ließe, Gustab und ihr das Geld zu leihen, dann könnten sie vielleicht das Wirtschaften pachten.

„Wie so gut anwend'n?“ fragte die Alte trocken, „wilst' Dir am End' en Salong einrichten mit en Plischtanapee, das sieht Dir ganz ähnlich. . . .“

Marianne fühlte aber wollte den Spott nicht fassen, eifrig schüttelte sie den Kopf: „Naa, naa, was ganz amnerd. In der Stadt wär e Wirtschaft zu verpacht'n. . . . Im End' ließ sich's der Guste einreden. . . . Dann hätt ich wenigstens was zu tun: Aber er hat doch keine Mag'n,“ das is der Gal'n, verheißt.“

Die Alte horchte auf. „'n Wirtschaftl?“ wiederholte sie und sann: Daß sie daran nicht gedacht hatte! Ein Wirtschaft, das war wirklich nicht schlecht; da kam Hermine ein bißchen unter die Leute und sie selber kam auch auf ihre Rechnung. Aber mit Hermine allein ging das nicht. In ein Wirtschaft, da gehörte ein Mann herein. Mit den Weibern machten die Gäste doch keine Geschichten. Gustab würde da ganz am Plage sein. . . . anscheinend war er doch kein so verliebter Schmachtfesen mehr wie früher, jedenfalls war er besser als ein Fremder, der nur auf seine Tasche sah.

Marianne stand stumm zuwartend und sah ungeduldig, wie die Alte hin und her überlegte. Endlich sagte sie lauernd: „Du kannst uns die paar Gulb'n doch borg'n, gegen Zinsen, natürlich.“

Die Holderbusch winkte eifrig ab: „Naa, naa, wogu denn borg'n? . . . pacht mer des Wirtschaftl's miteneinander und ziehn mer zusammen, so hat jed's sein Ruh'n darbei!“

Marianne nickte erleichtert. Das ging auch, bedachte sie, je mehr an der Sache beteiligt waren, desto weniger hatte sie selber zu tun.

Die Alte überlegte unterdes weiter: Jawohl, ein Wirtschaft, das war besser als ein Kramladen, wo einem das Obst verderb und die Milch sauer wurde, ein Wirtschaft, das war besser, als das Geld in ein paar Tagen verjuzen, da konnte man alle Tage seinen Spaß haben, ein Wirtschaft, das rentierte sich dauern, das konnte zu einer wahren Goldgrube werden. . . . „Abgemacht!“ schrie sie laut wie ein Fuhrmann und sprang auf, „mir pacht'n's, wenn's noch zu hab'n is. . . .“

„Nu, wenn's das nich is, is eb'n 'n anders,“ sagte Marianne zufrieden. „Die Hauptsache is Geld. Gustab bring ich schon rum, das war gelacht. . . .“

Sie beratschlagten noch lange hin und her. Dann schieden sie in Eintracht, als hätten sie nie Streit miteinander gehabt.

*) Gehl (Fortsetzung folgt.)

gehörig zu verlangen. Was nicht eine ausreichende Verfolgung, wenn der Verbraucher nicht in der Lage ist, bei den teuren Preisen zu kaufen.

Stadt. Rone (Nachtst.): Die städtische Bevölkerung hilft selbst die Preise hochreiben. Die Landwirtschaft hat keine Schuld an den hohen Preisen.

Stadt. Henneberg (Soz.): Die Zwangswirtschaft verhandelt, weil sie nur eine Halbheit und nicht genug war. Wäre die Zwangswirtschaft tatsächlich vollkommen durchgeführt worden, wäre auch eine Steigerung der Produktion eingetreten. Nachdem die Zwangswirtschaft zur Marktwirtschaft gemacht worden ist, hat keiner mehr ein Interesse, sie in der Form aufrechtzuerhalten.

Der sozialdemokratische Antrag wird einstimmig angenommen. — Es folgt die Genehmigung der Neuregelung der Vergütung der Empfänger von Ruhegehalt, Witwen- und Waisengeld. Der Arbeitslosen-ausschuss wird ohne Widerspruch gewählt und die Bewilligung eines Vorstufes an die Beamten und Angestellten ausgesprochen. Eine ganze Reihe von Ausnahmefällen wird gewährt.

Eingriff des Regierungspräsidenten in die Selbstverwaltung.

Die Beantragung der Besoldungsvorschriften für die Magistratsmitglieder durch den Regierungspräsidenten gibt dem Vertriebsrat Stadt. Weiser (Soz.) Gelegenheit, scharf gegen diese Eingriffe der Staatsbehörde in die Verwaltung der Stadt Stellung zu nehmen. Er gibt eingehend die Gründe für die getroffene Besoldungsregelung bekannt und spricht sein Bedauern über die unverständliche, recht merkwürdige Auffassung des Regierungspräsidenten aus, zumal dieser gerade ein Beamter ist, der doch aus der Selbstverwaltung hervorgegangen ist. Er empfiehlt, an dem ersten Beschlusse der Stadtvorordneten-Versammlung festzuhalten.

Stadt. Schüler (Dem.) schließt sich dieser Aufforderung an. Wegen zwei Sitzungen wird darauf der erste Beschlus bestätigt.

Die Aufnahme einer Anleihe

von 30 Millionen Mark durch Abschluß von teils unkündbaren, teils langfristigen Darlehensverträgen wird in ihrer Notwendigkeit vom Stadt. Baer (Soz.) kurz begründet.

Stadt. Vork. Hoffmann (Soz.) weist darauf hin, daß diese Angelegenheit nur eine Formsache sei. Es handelt sich nur um die Veranbarung einer laufenden Schuld in eine feste Schuld.

Stadt. Heise (Nachtst.) verlangt die Vorlage einer Art Bilanz, aus der die Utiken zu ersehen sind.

Die Anleihe wird genehmigt und der Magistrat ermächtigt, falls erforderlich, geringe Abänderungen vorzunehmen. Wegen der vorgeschrittenen Zeit (10 Uhr) wird eine Reihe von Vorlagen der Tagesordnung abgesetzt.

Stadt. Vork. Müller (Dem.) widmet am Schlusse der Sitzung dem aus Magdeburg scheidenden Stadtvorordneten-Vorsteher Hoffmann (Soz.) herzliche Abschiedsworte, denen sich Oberbürgermeister Weism mit einem Dank für die der Stadt geleisteten großen Dienste anschließt.

Es folgt eine geheime Sitzung. —

Provinz und Umgegend.

Der Städtetag Sachsen-Anhalt.

Am 8. September trat in Nordhausen der Städtetag der Provinz Sachsen und des Freistaats Anhalt zum erstenmal nach Kriegsende wieder zu einer Sitzung zusammen. Anwesend waren rund 200 Delegierte aus 88 Städten. Die Versammlung zeigte ein anderes Gesicht als früher. Zum erstenmal nahmen aus den Reihen der Sozialdemokratie hervorragende Vertreter im höherer Rang daran teil. Der Vorsitzende der Tagung, Oberbürgermeister Genosse Weism (Magdeburg) eröffnete die Tagung und wies auf die Not der Gemeinden hin. Das **Stammesrecht der Städte**

und Gemeindefinanz in der Gegenwart war dem auch das Hauptthema, über das Bürgermeister Paul (Magdeburg) sprach. Redner legte eine Entschärfung vor, die folgendes fordert: Berücksichtigung der noch ausstehenden finanz- und steuerrechtlicher Arbeiten, bessere Unterabteilung der Anteile aus der Reichseinkommensteuer auf die Gemeinden, bare Auszahlung der vom Reich übernommenen Kriegsschuld, restlose Vorbehaltung des Ausbaues der von der Reichseinkommensteuer frei gelassenen Einkommensteuern, Heranziehung der Benutzer der Straßen zu den Ausgaben für Straßenunterhaltung, Einführung einer Raumsteuer zur Bekämpfung der Wohnungsnot, Erhöhung der Entschädigung für Eingliederung der Reichs- und Staatssteuern usw. Bei der Aussprache kamen zu Wort: Stadtrat Genosse Feus (Dessau), Oberbürgermeister Genosse Weber (Halberstadt), der den baldigen Erlaß eines Kommunalisierungsgesetzes verlangt, weiter Regierungspräsident Pohlmann (Magdeburg), der das Erbschaftsteuerrecht verteidigte, und endlich Stadtrat König (Weissenfels), der restlose Erstattung aller Kriegsgewinne verlangte. Ein Antrag des Oberbürgermeisters Mann (Erfurt), der die Abgrenzung der Finanzämter bemängelt, wurde angenommen. Eine von 30 Mitgliedern des Städtetages, die der Unabhängigen Partei angehören, eingereichte Erklärung wendet sich gegen eine Reihe von Punkten der Entschärfung zum Finanzwesen. Die vom Referenten vorgelegte Finanzresolution fand Annahme.

In fast zweistündiger Rede erläuterte Oberbürgermeister Wunde (Aschersleben) die Tarifabschlüsse und Besoldungsordnungen. Es wurde hierzu beschlossen, denjenigen Gemeinden, die dem Kommunverband noch nicht angehören, den Beitritt zu diesem zu empfehlen, und Verwahrung einzulegen gegen die Nichtachtung des städtischen Selbstverwaltungsrechts, wie sie in der Ausführungsverordnung zum Gesetz vom 7. Juni über die vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindebeamtenrechts zum Ausdruck kommt. Dann behandelte Stadtrat Balke (Halle) das

Wohnungs- und Siedlungswesen.

Er schilderte das Wohnungswesen in den großen Städten und verlangte neue Einnahmequellen zur Errichtung von Neubauten. Redner sprach sich gegen den Bau von Einfamilienhäusern aus den Mitteln der Allgemeinheit aus, weil das zu teuer kommt. Das Ideal des Wohnungswesens liegt in der Ausbreitung der Siedlungen auf dem Land. In der Aussprache trat Genosse Feus (Dessau) für Grundwertsteuern ein, Stadtrat Zölliger (Merschburg) empfahl das Mittel der Selbsthilfe und Stadtvorordneter Stange (Aschersleben) vermittelte einen Vermieterschutz. Stadt. Genosse Plumhoff (Magdeburg) verlangte den schleunigen Ausbau der brachliegenden Kasernen zu Wohnungen. Der Bureaualtismus der Militärbehörde müsse ein Ende finden. Die Selbsthilfe im Bauwesen hält er für unproduktiv. Der Flachbau im Siedlungswesen mit kleinen Gärten im Reichsbilde der Großstadt ist auch unter den jetzigen Verhältnissen möglich. Gegen viele Siedlungen müsse jedoch vorgegangen werden. Oberbürgermeister Weism (Magdeburg) unterstrich diese Darlegungen.

Der zweite Verhandlungstag brachte zunächst eine Rede des Oberbürgermeisters Genossen Weber (Halberstadt) über die **Kartoffelfrage.**

Die darauf angenommene Entschärfung besagte, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln und die vorgenommene Ankaufaktion eine Preissteigerung zur Folge gehabt haben, die große Verunsicherung in den Verbraucherkreisen ausgelöst hat. Durch die Verteuerung des wichtigsten Lebensmittels ist die Ernährung des deutschen Volkes in außerordentlich bedenklicher Weise gefährdet. Werde nicht durchgreifend und schnell Abhilfe geschafft, kann das zu verhängnis-

vollen Erschütterungen führen. Es müsse daher von der Reichsregierung sofortiges Eingreifen gefordert werden, um unliebsame Folgen abzuwenden. Der Preissteigerung müsse durch Festsetzung von Höchstpreisen ein Ende gemacht werden. Diese müssen auch für die Vertragskartoffeln Geltung haben, damit den Städten eine schwere finanzielle Einbuße erspart bleibt. Durch schärfste Maßnahmen ist zu verhindern, daß Kartoffeln von Brennerereien angekauft und verarbeitet werden. Ebenso ist die Ausfuhr von Kartoffeln zu verhindern. Hierfür sprach Stadtrat Genosse Haupt (Magdeburg) über die

Erwerbslosensfürsorge.

Er schilderte den Umfang und die traurigen Folgen der Erwerbslosigkeit und zeigte besonders, wie verständnislos die frühere Regierung der Frage gegenüberstand. Die Folgen des Krieges zeitigten die jetzige Erwerbslosensfürsorge. Diese müsse in eine Arbeitslosenversicherung umgewandelt werden. Der vorgelegte Gesetzentwurf sei abgelehnt, weil er den Krankentagen die Durchführung übertragen will. Man müsse diese aber den Arbeitssamtern belassen; die Beitragsentziehung sei gleichzeitig mit den Invalidenversicherungsbeiträgen vorzunehmen. Das Reich müsse ein Drittel der Gesamtaufwendungen zuschießen. In der Aussprache bezweifelten Bürgermeister Genosse Kleis (Aschersleben) die Notwendigkeit einer Umwandlung der Erwerbslosensfürsorge in eine Versicherung. Sollte allerdings der Reichstag die Umwandlung beschließen, so sei die Durchführung den obligatorisch einzuführenden Arbeitssamtern zu übertragen. Auch der Eingliederung der Beiträge durch die Invalidenversicherungsanstalten überne man zustimmen, obgleich hierbei manche Schwierigkeiten zu überwinden sind. In demselben Sinne sprach der Bürgermeister von Suhl, der auch die Schaffung von Arbeitssamtern zur Erleichterung von Arbeitsaufträgen beantragte. Eine Entschärfung im Sinne der Ausführungen des Referenten wurde angenommen. Nach Erledigung der Vorstandswahlen sagte Oberbürgermeister Weism in einem Schlußwort die Ergebnisse der Tagung zusammen.

Kreis Wanzleben.

Wanzleben, 30. September. (Stadtvorordneten-Versammlung.) Die Erhebung von Zuschlägen zur Zuwachs- und Grunderwerbsteuer wurde beschlossen. Bewilligt wurden weitere 6000 Mark zur Beschaffung von Kohlen für Ortsarme und 2000 Mark zur Weihnachtssicherung für arme Kinder. Eine 7gliedrige Wohnungsdeputation wurde unter Aufhebung der Wohnungscommission eingesetzt. 6000 Mark wurden für Straßenbeleuchtung bewilligt. —

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Ummendorf, 1. Oktober. (Die Mitgliederversammlung) des Sozialdemokratischen Vereins war nur mäßig besucht. Parteisekretär Genosse Berni hielt einen Vortrag über die Entschärfung. Die Aussprache darüber ergab die Ansicht, daß vor allem die Reaktion, besonders die Güter auf dem Lande, erst entwaffnet werden müssen. Waffenverschleugungen und Verstecke müssen ermittelt und sofort der Polizei und dem Vorstand unserer Ortsgruppe gemeldet werden. Zum dritten Jahrestag der Revolution soll eine Feier stattfinden, an der sich die gesamte arbeitende Bevölkerung von Ummendorf beteiligen soll. Die Laubheit der Genossen am Orte wurde sehr gerügt. Der Versammlungsbuch muß besser werden. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, sich an den Parteiveranstaltungen zu beteiligen und für Partei und Presse nach Kräften zu wirken. In nächster Zeit soll eine öffentliche Versammlung stattfinden. —

Kreis Jerichow 1 und 2.

Barth, 1. Oktober. (Auskunftstag.) Am Sonntag den 3. Oktober, nachmittags von 1 bis 3 Uhr, hält Arbeitersekretär Kutsche (Burg) bei A. Raasche, Viktoriastraße, Sprechstunde ab.

Kreis Neuburg-Aschersleben-Rabe.

Eggenstedt, 1. Oktober. (Arbeiterjugendtag.) Am Sonntag den 3. Oktober trifft sich die Arbeiterjugend des Kreises Wanzleben in unserm Orte. Die Veranstaltung muß sich zu einer imposanten Kundgebung der Jugend gestalten. Die Parteigenossen und -genossinnen werden vom Parteiverein aufgefordert, Häuser und Straßen mit Girlanden zu schmücken und der Arbeiterjugend durch rege Teilnahme fördernd zur Seite zu stehen. —

Altmark.

Althe, 1. Oktober. (Zuchthaus für Einbrecher.) Für den schweren Einbruchdiebstahl beim Kaufmann Maschmeyer, bei dem für 150 000 Mark Samt und Seide geraubt wurden, erhielten der Elektromonteur Erich J. und der Schlosser Eugen R. je 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Erwerbsloshilfe, die Ehefrau des ersten und eine Arbeiterin aus Hannover 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und ebenfalls 5 Jahre Erwerbsloshilfe. —

Stendal, 1. Oktober. (Untersuchung und Urkundensatzung) führten die Austrägerin Frieda R. vor die Strafkammer. Sie hatte einsteckbare Gelder nicht abgeliefert, sondern für sich verbracht, ferner mehrere Quittungen entwendet, umgeändert und darauf unberechtigterweise Gelder eingezogen. Ihre Mutter, die Arbeiterin Anna B., leistete Beihilfe. Beide erhielten 2 Wochen Gefängnis. —

Berbst, 1. Oktober. (Phantasieliepreis.) Zwei deutsche Schäferhunde, die auf der Ausstellung in Berbst den 1. und 2. Preis erhielten, wurden nach Amerika zum Preise von 200 000 Franc verkauft. —

Sport und Spiele.

Ein Sportfest der „Sipo“.

Auf dem Schroteplatz der Kaserne Magdeburg entfaltete sich am Sonntag nachmittag ein buntes, vollständiges Sportleben. Auf dem sehr verkehrsreichen großen Platz ist der Sportplatz der „Sipo“ hergerichtet, der allen Anforderungen des heutigen Sportes gewachsen ist. Seine Einweihung fand am Sonntag nachmittags durch ein Sportfest der „Sipo“ statt. Den Beamten der Sicherheitspolizei war es bei dem schönen Wetter möglich, ihr volles Können zu zeigen. Besonders Interesse bei den zahlreich anwesenden Zuschauern erweckte der Box- und Ringkampf. Für Unterhaltung während der sportlichen Vorfürhungen sorgte die Kapelle der Sicherheitspolizei durch gute Musikstücke. Die Errichtung dieses Sportplatzes bedeutet eine Vermehrung der Spielplätze, der den Vorzug hat, innerhalb der Stadt zu liegen, und der auch andern Sportzwecken als denen der Sicherheitspolizei wird zur Verfügung gestellt werden können.

Arbeiter-Wassersport-Verband.

Am Sonntag den 19. September hielt der Bezirk 2 Kreis 4 eine Bezirksversammlung unter Leitung des Kreisvorsitzenden im „Bodenreiner“ ab. Erschienen waren Vertreter aller Vereine, außer „Nixe“ Ulvenstedt. Der S.-W. „Wäwe“, der dem A.-W.-B. beitreten will, war als Gast geladen und erschienen. Genosse Olbrich gab den Bericht über die Beratungen im Bezirk. Die folgende Besprechung war sehr lebhaft. Es sollen alle praktischen Vorschläge dem Bezirkstag eingereicht werden. Zur Frage des Wintereisbadens führt Genosse Olbrich aus, daß die Verhandlungen des Magistrats und der hierfür eingesetzten Kommission mit der Bade- und Schwimmhalle Magdeburg die sich in Liquidation befindet, bis jetzt zu keinem Resultat geführt haben. Es wäre aber sehr wahrscheinlich, daß Magdeburg, im Gegensatz zu andern Städten, in diesem Winter wieder kein Eisbaden besitzt. Der Magistrat habe verkündet, schon in früheren Jahren, städtische Schwimmhallen zu bauen, was als eine große Kurzfristigkeit bezeichnet werden muß. In Schönebeck bietet sich eine gute Gelegenheit

zum Schwimmen. Es wurde der Kreis-Schwimmwart, Genosse Olbrich beauftragt, die Angelegenheit zu regeln. Genosse Olbrich machte Ausführungen über Regattafahrten. Der Bezirkstag soll am 14. November 1920 im Lokal „Zur guten Quelle“ in Staßfurt stattfinden. Auf je 25 Mitglieder, nach der Statistik vom 1. September 1920, entfällt ein Delegierter. Nele über 15 zählen voll. Alle Anträge, die Zahl der Delegierten usw. müssen bis zum 1. November 1920 an den Bezirksvorsitzenden Fritz Deide, Magdeburg, Friedrichstraße 2a, eingereicht werden, damit der Vorstand einen geregelten Geschäftsgang gewährleisten kann. Ferner wurde noch auf den vom Arbeiter-Sportklub Magdeburg im „Luisenpark“ angelegten Sportabend am 16. Oktober, wo die Schwimmer plastische Darstellungen vortrugen, hingewiesen. An dem um 8 Uhr stattfindenden Demonstrationstag sollen alle Genossinnen und Genossen teilnehmen. —

* Fußball. Am Sonntag den 3. Oktober werden auf dem Sportplatz an Köhligweg, Rabelnplatz (Köhlgerstraße) und Südböcker Straße 68 Wettkämpfe im Fußball und Fußball der Arbeiter-Turn- und Sportvereine ausgetragen. Auf dem Rabelnplatz spielen: 1. Abt. Sportklub Köhlgerstraße gegen Sturm Schönebeck III; 2. Abt. Sportklub Köhlgerstraße gegen Wander Neuhaldensleben II; 4. Abt. Sportklub Köhlgerstraße gegen Freie Turner Neuhaldensleben I. Die Spieltagung tritt die Arbeiter-Sportklub, die Bestrebungen der Arbeiter-Sportklub durch zahlreichem Besuch der Veranstaltungen unterstützen zu wollen. —

Vereine und Versammlungen.

Zentralverband der Angestellten.

In einer gut besuchten Versammlung der Funktionäre und Betriebsräte aller Fachgruppen im Zentralverband der Angestellten hielt Wuth einen Vortrag über den Betriebsräte-Kongress. Die Betriebsräte haben uns nicht das gebracht, was wir erhofft hatten. Wir wollen diese Mäse zusammenfassen, um sie weiter auszubauen. Haben wir die Betriebsräte, so haben wir die wirtschaftliche Macht. Die politischen Betriebsräte werden immer nur das Instrument einer politischen Partei sein. Die Mäse dürfen keine selbständige Organisation sein, sondern müssen im engsten Anschluß an die Gewerkschaften bestehen. Aus dieser Erkenntnis heraus hat sich die freigewerkschaftliche Mäseorganisation gebildet, die sich in Gruppenräte, Zentralräte und Vollzugsräte gliedert. Der bevorstehende Kongress ist in seiner Bedeutung äußerst groß. Die Wahlen werden diesmal von den gewerkschaftlichen Organisationen getätigt. Magdeburg hat zwei Delegierte zu entsenden. Auf dem Kongress werden Richtlinien aufgestellt, die die Vergegenständlichung der Produktionsmittel zum Ziele haben. In einer lebhaften Aussprache wurde gewünscht, daß die Delegierten schon jetzt von den Betriebsräten gewählt werden sollten und dem Hauptvorstand des Verbandes ein dahingehendes Schreiben übermittelt werden möchte.

3. Bach erstattet Bericht als Vorsitzender des Bildungs-ausschusses der Gewerkschaften. Redner bereitet sich in längeren Ausführungen über die Richtlinien bei der Auswahl der darzustellenden Stücke. Nicht jedes Schauspiel sei zur Aufführung geeignet. Magdeburg ist nicht allein der literarische, sondern auch der künstlerische Wert eines Stückes. Aus all diesen Überlegungen heraus hat der Bildungsausschuß sich zu folgenden Stücken entschlossen: „Die Ehre“ von Sudermann, „Strandräuber“ von Paul Baber, „Fuhrmann Henschel“ von Hauptmann, „Armut“ von Wildgans und „Stücken der Gesellschaft“ von Ibsen. Zu erwägen sei, ob man nicht anschließend daran auch das schönste deutsche Lustspiel „Die Journalisten“ sowie „Madame Sans-Gêne“ berücksichtigen soll, denn gerade letzteres passe so recht in unsere heutige Zeit. In der lebhaften Aussprache wurde allgemein die Zustimmung zu der Arbeit des Bildungsausschusses gegeben und eine Kommission, bestehend aus J. Bach, B. Krone und Fräulein Lattemann, zur Organisierung des Kartenverkaufs gewählt. —

Allgemeiner Verband der Versicherungsbekannteten.

Am Dienstag fand eine Versammlung der Versicherungsbekannteten statt, in der Kollege Ringelke über die Vertreter Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband berichtete. Die vier Arbeitnehmerverbände (A. V. B., G. I. A., G. d. A., J. d. A.) hatten sich in ihren gegenseitigen Verhandlungen auf eine gemeinsame Basis geeinigt und unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse und namentlich der bevorstehenden Wintermonate eine einmalige sowie laufende Gehaltszulage verlangt. Die Arbeitgeber erklärten am Montag, die Vorschläge nicht annehmen zu können, da diesen „schädliche Unterlagen“ fehlten und sie den „wirtschaftlichen Verhältnissen nicht entsprächen“. Außerdem jonglierten die Direktionsvertreter mit Zahlen, deren Unrichtigkeit ihnen jedoch sofort nachgewiesen werden konnte. Sie erklärten jedoch großmütig, von einer Lohnsenkung abzusehen und boten einen neuen Tarif an, der nichts weiter als eine vereinfachte Auszahlung der Gehaltsleistungen und einen geschickt bedeckten Ausbau der Gehaltszahl bedeutete. Dieses Angebot wurde ebenso einmütig wie entschlossen von den Arbeitnehmern abgelehnt und hierauf vom unparteiischen Beisitzer des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung das Scheitern der Verhandlungen festgestellt. Die Arbeitnehmer beschlossen, einen Schiedsspruch des Arbeitsministers zu erwirken, jegliche Ueberarbeit abzulehnen und über die organisierten Versicherungsgesellschaften die Sperre zu verhängen.

Kollege Sperling, der gleichfalls den Verhandlungen beigewohnt hat, betonte in erbitterten Worten, daß die Arbeitgeber nicht das geringste Verständnis für die Notlage derer haben, die ihnen die Millionen erarbeiten. Nicht mit Unrecht wies der Redner die Versammelten eindringlich darauf hin, daß die Arbeitgeber sich wieder stark fühlen durch die jetzige Politik, die nur eine verhängnisvolle Folge des Ergebnisses der letzten Reichstagswahlen ist. Durch dieses Vorgehen wird wohl auch mancher Gegner der Sozialisierung des Versicherungsgewerbes befehrt werden.

In der nachfolgenden Diskussion verurteilten die Redner scharf das unsoziale Verhalten der Arbeitgeber und ermahnten ihre Kollegen zur strengsten Solidarität. Eine Resolution, in der die Versammlung ihr Einverständnis mit dem Vorgehen der Arbeitnehmerverbände und den gestellten Forderungen erklärte, gelangte einstimmig zur Annahme. —

Volkshochschule.

Am 27. September, abends 8 Uhr, fand in der Aula der neuen Mittelschule die stark besuchte ordentliche Mitglieder-Versammlung des „V. V. Volkshochschule in Magdeburg“ statt. Nach den Berichten des 1. Vorsitzenden Winkler über die Entwicklung der Volkshochschule und des Vereins, des Schatzmeisters Dr. Loh über die Verhältnisse und des Rechnungsprüfers Stadtrat Bauer wird dem geschäftsführenden Vorstand Entlastung erteilt und der Dank ausgesprochen. Die vorgeschlagenen Satzungsänderungen werden einstimmig angenommen. Gleich nach Beginn der neuen Vorlesungszeit soll eine zweite Mitglieder-Versammlung einberufen werden, in der die satzungsgemäßen Neuwahlen stattfinden. Bis dahin führt der Vorstand die Geschäfte weiter. Die Vorlesungen beginnen Mitte Oktober. Anmeldungen in den Buchhandlungen, dem Arbeitersekretariat und der Geschäftsstelle. —

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Zur Aufklärung!
„Kukuro!“, das schnell und sicher wirkende Mittel gegen **Hühneraugen, Hornhaut, Schwielen und Warzen** ist in großem Format für die Käufer vorteilhafter als in kleinem.
Da „Kukuro!“ lange Zeit haltbar ist, so wird es von jetzt ab nur noch in großem Format hergestellt, zumal der Preisunterschied nur 50 Pf. beträgt. Preis des alten Formats 2.50 Mk., des neuen 3.— Mk.
„Kukuro!“ ist in Apotheken und Drogerien erhältlich.

Warenhaus Gebr. Barasch

Herren-Artikel

| | | | | |
|---------------------------|--------------------------------------|-------|-------|-------|
| Herren-Hilfshüte | moderne Formen in allen Farben | 77.00 | 68.00 | 53.00 |
| Herren-Hilfshüte | reife Form, braun | | | 7.50 |
| Herren-Hosenträger | | 2.25 | 1.95 | 1.45 |
| Herren-Hosenträger | Sammt, mit Streifen und Lederornatur | 17.50 | 16.50 | 11.50 |
| Herren-Selbstbinder | moderne Neupelzen | 23.00 | 18.00 | 14.00 |
| Herren-Strickbinder | prima Kunstseide | 25.00 | | 18.00 |
| Vorhemden | weich gepolstert, weiß und farbig | 7.25 | 4.95 | 3.95 |
| Weiche Herren-Sporttragen | moderne, spitze Form | 6.75 | 5.95 | 2.95 |

| | | |
|----------------------------------------------|--------------------|-----------------------|
| Toiletten- Seife Stumengerüche - Stück | Badeseife Stück | Große Kerzen Stück |
| 2.65 | 4.95 | 1.05 |
| Apotheker Doering's Seife Stück | Kernseife Kegel | Nachtlichte Stück |
| 3.85 | 5.40 | 35 J |

Tricotagen

| | | | |
|------------------------------------------------|-------|-------|-------|
| Herren-Tricot-Hemden mit Einsatz | 61.00 | 58.00 | 55.00 |
| Herren-Unterhosen, grau Tricot | 20.00 | 18.00 | |
| Herren-Strickjacken, Wolle | 39.90 | 34.50 | |
| Damen-Untertalassen, grau, gestrichelt | 12.00 | 9.50 | |
| Damen-Unterhemden, weiß, elastisch gestrichelt | | 29.50 | |
| Damen-Schlupfhosen, grau Tricot | 22.50 | 20.50 | |

Knaben-Stoffanzüge gute haltbare Qualitäten in großer Auswahl 44.50 77.50 85.00 und höher.

Erstklassige Strickwolle

Einführungs-Extrapreisen

| | | | | |
|----------|----------|-------|--------|--------|
| Sorte 3 | 1/8 Pfd. | 15.75 | 1 Pfd. | 77.50 |
| Sorte 2 | 1/8 Pfd. | 18.40 | 1 Pfd. | 92.00 |
| Sorte 1 | 1/8 Pfd. | 21.55 | 1 Pfd. | 107.75 |
| Sorte 1a | 1/8 Pfd. | 22.00 | 1 Pfd. | 110.00 |

Ein großer Posten Steinnuss-Knöpfe

20%, farbig, auf Karton
3 Duzend 3.00 2 Duzend 2.00

Druckknöpfe

rein Messing, mit Bronzeleder, garantiert rostfrei
10 Gros 80.00 1 Gros 8.50 1 Duzend 75 J

Zukunft- u. Robinow-Druckknöpfe
1 Duzend 1.20

Strümpfe

| | | | |
|-----------------|-----------------------------------------------------------------|------|-------------------------------------------------------|
| Damen-Strümpfe | engl. lang, Doppelfarbe, Spitze u. -ferse | Paar | 10.75 |
| Damen-Strümpfe | flor. alle modernen Farben, Doppelfarbe, Spitze und Hochferse | Paar | 16.50 |
| Damen-Strümpfe | prima Selbstfärb, extra dünn, Doppelfarbe, Spitze und Hochferse | Paar | 35.00 |
| Damen-Strümpfe | reine Seide, mit Florrand, schwarz, braun, grau, mode, weiß | Paar | 55.00 |
| Herren-Socken | flor, schwarz | Paar | 9.50 |
| Herren-Socken | Wolle plattiert, grau | Paar | 12.50 |
| Herren-Socken | reine Wolle, grau | Paar | 16.50 |
| Rinder-Strümpfe | reine Wolle, schwarz | Paar | 12.25 14.00 15.75 17.50 19.25 21.00 22.75 24.50 26.25 |

| | | |
|--------------------------------------------------|------------------------------------------------|-------------------------------|
| Streichhölzer Paket = 10 Schachteln | Wellen- Stopfwafler Moufon & Co., Glasde | la. Bohnermasse Pfund-Dose |
| 3.00 | 5.95 | 11.50 |
| Salm-, Terpentini- Waschpulver Pfund-Paket | Hautereme - Cremes - in Dosen | Schuhcreme-Urbän Dose |
| 3.00 | 1.85 | 1.65 |

Handschuhe

| | | | |
|--------------------------|-------------------------------------------------|------|-------------------|
| Damen-Tricot-Handschuhe | farbig, mit 2 Druckknöpfen | Paar | 16.75 |
| Damen-Tricot-Handschuhe | marineblau, mit seid. Futter | Paar | 19.50 |
| Damen-Tricot-Handschuhe | prima Qualität, mit breiter selbstener Aufsicht | Paar | 28.50 |
| Herren-Tricot-Handschuhe | farbig, mit Druckknopf | Paar | 19.50 17.50 16.50 |

| | | | |
|------------------------|-------------------------------------------|------|-------|
| Damen-Lederhandschuhe | prima Stiegenstepper, moderne Reibefarben | Paar | 85.00 |
| Herren-Lederhandschuhe | prima Stappa, durchgefärbt | Paar | 95.00 |

Alleinverkauf für Magdeburg: **Alfstein-Schnittmuster**. Verkauf im Erdgeschoss.

Preiswert und Qualität

waren und sind bei uns keine **Schlagworte**, sondern **Tatsachen!** Beweis sind folgende **Qualitäts-Marken!**



„Das Feinste“ ff. Sumatra Havanna pro Stück **55 Pf.**



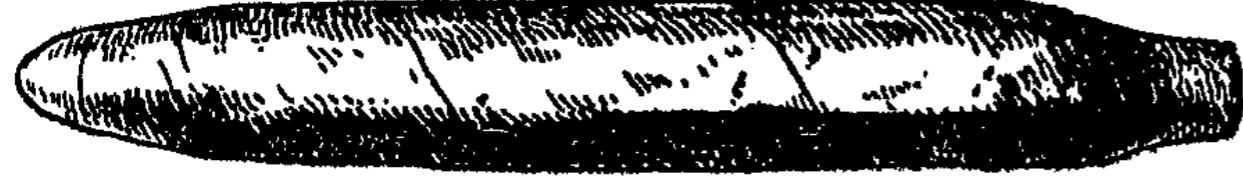
„Salida“ rein Uebersee, aromatisch Stück **60 Pf.**



„Illustrada“ unsortierte Uebersee-Qualitäts-Cigarre Stück **80 Pf.**



„Preiswert“ ff. Sumatra-Sandblatt mit Brasil-Einlage Stück **100 Pf.**



„Kryan“ hochedle Vorstenland-Brasil-Cigarre St. **120 Pf.**

Beachten Sie unsere Auslagen! **2445**

Der beliebte original-amerikanische **Shag-Tabak** **Mayos** per Päckchen nur **10** Mark wieder eingetroffen

Cigarren-Versandhaus Magdeburg

Wagner & Vogel

Breiteweg 159 Ulrichsbogen Fernruf 8278 Breiteweg 75/76 Margaretenstraßen-Ecke

Märchen-Spiele
Sneewittchen, Dornröschen, Aschenputtel. Alle drei in sämtl. Figuren aufstellbar, hochfein künstlerisch koloriert zusamm. 86 Fig., 5 Hintergründe sowie die drei Erzählungen, komplett geg. Einsendung von 11.50 Mk. franko. Nachnahme 70 Pfg. mehr. Große illustr. Liste über Riesenauswahl Spielwaren, Scherz- u. Karnevalsartikel nur gegen Einsendung von 1 Mk. freil. (Postcheckkonto Berlin 88628, Porto für 25 Mk. nur 5 Pfg.) A. Haas & Co., Berlin 129, Markgrafestraße 64. Gegründet 1890.

Frische Kaninchen
la. Kalergänse auch gefeilt
fette Enten und Hühner
empfiehlt in großer Auswahl
A. Herrmann Nachf.
Lödisehofstraße 8. 2449

Alfred Limmer
Felle u. Rauchwaren
Schwertfegerstraße 13
Telephon 6629 Geschäft 9-1

Ilitis Felle Marder
Füchse Ottern
Kaninchen 2443
Katzen **Ziegen**

Rind-, Kalb-, Roßhäute, Haare, Borsten
kaufe ständig.
Für Händler äußerst vorteilhaft.

Vereinigte Butter-Spezialgeschäfte Magdeburgs
— 19 eigne Verkaufsstellen —

Echter Emmentaler Schweizerkäse
war von jeher eine allgemein beliebte Delikatess, derselbe kostet aber heute mehr als 80 Mark das Pfund. Es ist nun gelungen, einen großen Posten

hochfeinsten kanadisch. Tafelkäse
im Geschmack wie feinsten Emmentaler, noch vor der eingetretenen Preissteigerung vorteilhaft einzukaufen. — Der Einkaufspreis dieser Ware ist heute ein weit höherer. — Diese butterartige Prachtware hat außer dem Vorzug der Billigkeit noch die wertvolle Eigenschaft, in der jetzigen feil-arznen Zeit die Butter zu strecken. Aus vollster Ueberzeugung empfehlen wir den verehrten Hausfrauen, von diesem günstigen Angebot freudlichst Gebrauch zu machen.

Kanadischer vollfetter Tafelkäse . . . Pfund Mark **21.00**
Eine zweite kanadischer Tafelkäse pikant im Geschmack Pfund Mark **17.00**
Sorte

Butter-Zentrale | **A. H. Völker**

— 8 Verkaufsstellen —
Breiteweg 85
Pflückerstraße 4
Oivenstädter Straße 61
Dr. Dlasdorfer Straße 228

Schneebecker Straße 190
Reibersdörfer Straße 187
Lübecker Straße 32
Cracauer Straße 7
Ecke Neumarkt

— 11 Verkaufsstellen —
Alter Markt 3/4
Jakobstraße 5
Jakobstraße 21
Gustav-Adolf-Strasse 39
Grünebaumstraße 9/10
Breiteweg 282

Schneebecker Straße 199a
Reibersdörfer Straße 41
Oivenstädter Straße 49a
Nahaportstraße 62
Auenstraße 49

Lange & Münzer

Breitweg 51/52

Moderne billige Damen-Bekleidung



Kleid (lt. Bild) aus gestreiftem Velourstoff **790⁰⁰**

Kleider

- Kleider** aus Schottenstoff, Rock plissiert . . . **275⁰⁰**
- Kleider** aus Wollpöpelin, mit Stückerel **450⁰⁰**
- Kleider** aus Cheviot, mit bunter Gürtelgarnitur . . . **550⁰⁰**
- Kleider** aus reinwollenen Cheviot u. weißer Stepperei **650⁰⁰**
- Kleider** aus marine Cheviot, mit Schotten-Schlupftaille . . . **825⁰⁰**
- Kleider** aus marine Cheviot, mit farbigem Tuch garniert **950⁰⁰**



Mäntel

- Mäntel** aus warmen Winterstoffen, l. hellen Farb. **150⁰⁰**
- Mäntel** aus flauschartigen Stoffen **268⁰⁰**
- Mäntel** aus hellmellerten Flauschstoffen mit breit. Schaltragen . . . **450⁰⁰**
- Mäntel** aus Wollflauschstoffen in grün, marine und braun . . . **550⁰⁰**
- Mäntel** neueste Blusenform, versch. Farb., r. garn. **690⁰⁰**
- Mäntel** aus schwarz. Samt, ganz gefüllt **890⁰⁰**



Mantel (lt. Bild) aus modernen karlierten Stoffen **365⁰⁰**

Mantel (laut Bild) aus schwerem Winterstoff, mit farbiger Stepperei **145⁰⁰**

Sohlleder-Ausschnitt

u. sämtliche Schuhmacher-Artikel, Pantinen u. Schuhhölzer, Holzpantinen usw. zum billigsten Preise liefert

Gustav Arnold

Leber-Handlung und Pantinen, Gebrit Halberstädter Straße 110b.

Kleber Preis seit 1735
Preisvergleichbar!

Lübeck's Vogelfutter s. S. Lübeck

Pfund 5.00 DM, Haselbushstraße 3.

N. Vitore

Rognat-Weinbrand
Rognat-Weinbrand
Schwarzwälder
Rischwasser
Zweischwaffer
Wachtbl. Brantwein
diverse Weine
Künstliche
Frucht-Eisbonaden
offert billigst (2317)

H. Günter Radt.
Eltzfabrik u. Weinhandl.
Gr. Mühlstr. 11
1. Laden von Ede Kaffee-
Fernsprecher 1213.

Vorteilhafte Angebote!

Lederhauschuhe für Herren u. Damen 55.00—49.00
Leberpangenschuhe, beste Ausf. 72.00 69.00 55.00
Schnürstiefel mit Holzsohl., für Männer Paar 12.50
Restposten Gegendruckschuhe und Leberpantinen,
Winter-Hauschuhe, Filzschellen-Kamelhaar-
Schuhe, Dachdecker-Schuhe, Turnschuhe zu
billigen Preisen. 2193
Schuhwarenhaus Albert Himmelstern, Magdeburg-B.
Schönefelder Straße Nr. 94b.

Vorteilhafte Angebote!

Stridwolle Pfund **47.50 65.00 85.00**
Schmidische und Etern. Pfund **90.00 92.50 98.00**
Qualität
Normalhemden Stück **43.50 46.50 49.50**
Wilhelm Fischer, 2136
41 Jakobstr. vorm. Herrn. Dobrindt Jakobstr. 41

Anfrichtspostarten

empfiehlt die Buchhandlung Volkstümme

Meyer Michaelis

Lederhandlung 2289
Magdeburg, Große Marktstraße 16
gegründet 1864 Fernsp. 1424
Günstigste Bezugsquelle
für
Leder und sämtliche Schuhmacher-Bedarfsartikel.

keine Preiserhöhung

Wir machen

Gute Qualitäten!

Fehlerfreie Ware!

Ca. 600 Paar Damenhalschuhe **98⁵⁰**

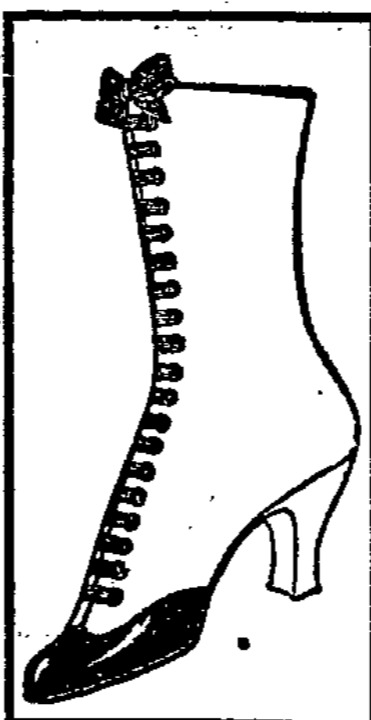
schwarz und blau | schwarz, grau und beige | zelm verschiedene Aus-
Chevreau-Schnürschuhe | Chevreau- | führungen und
neuste, kurze Form. | Binde- u. Spangenschuhe | mit Lackflügelkappen
alles rein Lederausführung.

Damen-rotbraune | Damen-Chevrolin-
Boxcalf-Schnür- | Schnürschuhe **59⁵⁰**
schuhe kleine Größen **98⁵⁰** Lederbrandohle, beque-
3403 Paar me Form, halbhöher Ab-
satz, 38, 41, 42 . . . nur

Feinste R.-Chevreau- | Feinste R.-Chevreau- **149⁵⁰**
Damenstiefel reine Leder- | Herrenstiefel mod. hibr. Form
ausführung . **129⁵⁰** beste Qualität .

Feinste echt braune Chevreau-Herren- u. Damenstiefel **235⁰⁰**
braun Masbox, echt Boxcalf, neuste kurze Modelle . . **275.00 249.50**

Einsatzstiefel Luxus-Ausführung, grau u. beige, engl. Tuchoinsatz, mit Lack- u. braun Chevreaubesatz, Hochschaft 24 cm unter Tagespreis!



sehr billigen Preisen

In Voraussicht der kommenden Monate haben wir uns aus den ersten und bedeutendsten Schuhfabriken f. Hunderttausende Waren zu gesichert, die jetzt und bis Dezember dieses Jahres geliefert werden.
Wir sind deshalb imstande, unsere billigen, herabgesetzten Preise solange Vorrat und Abschluß, zu halten.
Kommen Sie zu uns, wenn Sie Bedarf haben, wir bedienen Sie stets besonders billig.

Extra starke Schulstiefel in Rindled., reine, beste Lederausführung, d. Haltbarste für Kinder . . . **82⁰⁰**
94.00

Riesen-Auswahl in echt sächsischen Filzschuhen, Pantoffeln, Kamelhaarschuhen, Stiefeln für Herren, Damen und Kinder. Extra warme Filzschellenstiefel, besond. starke Filzschuhe für kalte Wohnungen zu billigen, alten Preisen.

Schuhhaus Mastig & Co.

Ganz dicht am Rathaus. **Alter Markt 14.** Ganz dicht am Rathaus.

Zur Hebung der großen Kohlennot

ist wichtig für Hauspatungen
Sparfeuerungseinsatz-Flammer
D. R. G.-M. Nr. 752568. — In Kochherde und Ofen leicht einzusetzen.
50 Prozent Heizmaterial- und Zeitersparnis
Anschaffungskosten gering
Generalvertretung: **H. Deike, Schmidtstraße Nr. 3.**
P. Wiemann, A. Jllgas — Sauggeschäft —
Schmidtstraße 10a u. 7.

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 231.

Magdeburg, Sonnabend den 2. Oktober 1920.

31. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 1. Oktober 1920.

Ein vergessener Sünder.

In der langen Liste der Verantwortlichen der „Volksstimme“, die eingekerkert worden sind, ist gestern trotz aller Sorgfalt, mit der wir rückwärtig Name an Name und Schicksal an Schicksal gereiht haben, doch noch ein Genosse vergessen worden: Wilhelm Haupt, jetzt besoldeter Stadtrat in Magdeburg. Er blühte mit neun Monaten seine Bereitwilligkeit, für das Parteiblatt in die Bredse zu springen. Auch diese 9 Monate wurden in Gommern abgerollt.

In dem Verfahren gegen Haupt wurde eine juristische Monatsfrist verübt. Dem Angeklagten wurden nämlich die Strafen seiner Vorgänger als persönliche Vorstrafen angerechnet. Es wurde die kriminelle Kontinuität der Presse konstruiert. Auf diese Weise gelang es, den Sünder, der nur Kleinigkeiten zu vertreten hatte, für 9 Monate unschädlich zu machen.

Ja, sie hat sich schon was an Verdrehungen und Verzerrungen geleistet, die preußisch-deutsche Klassenjustiz, die es nach bürgerlicher Versicherung gar nicht gibt. Ihre Vertreter wundern sich immer noch, daß die Arbeiter zu ihr kein Vertrauen haben. —

Die Kartoffelnot.

Ein Gewitter entlud sich gestern im Sitzungssaal des Oberpräsidiums, wo Kartoffelnot, Kartoffelpreis und die Versorgung der Städte besprochen wurde. Aber es war kein befriedendes, die Gegensätze ausgleichendes Gewitter. Bitter waren die Klagen der Vertreter der Verbraucher über die unerschwinglichen Preise und die Mollate der Arbeiter, Angestellten, der kleinen Rentner und der breiten Masse der Beamten. Enttäuschung, Groß und beginnende Hoffnungslosigkeit sprach aus den Worten der Beamtenträger. Wie der Vertreter der Landwirte und der Regierung aufhorchten, als mit starkem Nachdruck die Drohungen aus Beamtensmunde wie Blitze niederzuckten! Wer es noch nicht wußte oder wissen wollte, hier mußte er es fühlen: die Not ist unerträglich. Die Vertreter der Landwirte konnten sich offensichtlich dieser Einsicht nicht verschließen. Vielleicht wären die anwesenden Landwirte zum Nachgeben bereit gewesen, wenn sie nicht genau wußten, daß sie nimmermehr die breite Masse ihrer Berufsgenossen bewegen können, ihrem Egoismus Fagel anzulegen. Und wenn Tausende verhungern, wenn im Gefolge des Hungers Aufstand und Bürgerkrieg das Land durchdringen sollte: der Bauer besteht wie Schilf auf seinem Eschin: 30 Mark für Vertragskartoffeln und 25 Mark für die übrigen. Als „hochherzige“ Handlung, als Milddat, als Höchstmaß der Einsicht und „Opferwillens“ erscheint ihm, wenn er nicht mehr nimmt. Unumwunden hat Oberpräsident Hörsing ausgesprochen, daß gerade in der Kartoffelfrage eine ertägliche Preisgestaltung weniger an den Großgrundbesitzern als an der Unvernunft der Wehrzahl der Kleinen und mittleren Bauern scheitert.

Stundenlang wurde debattiert. Am Schlusse der Sitzung war man nicht weiter als zu Beginn. Tatsächlich muß es noch als „Erfolg“ gebucht werden, wenn es den landwirtschaftlichen Organisationen gelingt, die Preise für Kartoffeln auf den Stufen zu halten, die in Berlin bei den zentralen Verhandlungen festgelegt wurden: 25 Mark für Kartoffeln im freien Handel, wozu dann noch die Zuschläge für Transport, Händler usw. kommen, so daß der Rentner Kartoffeln, bis er im Keller des Verbrauchers liegt, auf über 30 Mark kommen wird.

Die Städte werden ihre im vorigen Jahr abgeschlossenen Verträge einhalten und für die dadurch erfassten Kartoffeln dem Produzenten 30 Mark bezahlen müssen.

Oberpräsident Hörsing hat in seiner einleitenden Rede ausgesprochen, was ist: die

Kartoffelfrage ist zu einer politischen geworden.

Er schilderte kurz die Entwicklung, wie er die Regierung auf die drohenden Gefahren aufmerksam machte, als die Preise anfangen zu klettern. Einen Höchstpreis festzusetzen, wie er beantragte, lehnte die Regierung ab. Oberpräsident Hörsing nahm die Eisenbahner in Schutz, denen gewisse Preise vorwerfen, sie allein hätten den „Mummel“ verursacht. Er wies darauf hin, daß aus allen Kreisen der Verbraucher Klagen über Klagen kamen, die sich zu den wildesten Drohungen verdichteten. Hörsings Vorschlag, einen Höchstpreis von 20 Mark festzusetzen, hätten alle Regierungsräte des Oberpräsidiums zugestimmt, ebenso habe der Vorstand der Landwirtschaftskammer begulachtet, daß ein Preis von 20 bis 25 Mark genügt sei.

Die Annahme der „Deutschen Tageszeitung“, die schrieb, Hörsing wolle die Regierung zu einem Verbrechen aufreizen, und des Edeln v. Braun, der verlangte, die Regierung solle Hörsing an die Ketten legen, ließen ihn deshalb kalt. Wie richtig Hörsing die Stimmung der Bevölkerung erkannte, ergab sich aus den Darlegungen der nun folgenden Vertreter der Arbeiterschaft, der Angestellten und Beamten.

Der Vertreter der Magdeburger Gewerkschaften, Hoffmann, erklärte, daß sich die Arbeiter mit den Beschäftigten nicht einverstanden erklären können, da die Preise für einen Arbeiterhaushalt unerträglich seien. Er machte dabei auf die tiefe Erregung unter der Arbeiterschaft über den Kartoffelwucher aufmerksam, die leicht zu einer „Explosion“ führen könne.

Postsekretär Genosse Weichert schloß im Namen des Beamtensbundes sich dieser Erklärung an. Die Beamten haben das Vorgehen der Eisenbahner gegen die Kartoffelwucherer und -händler sehr sympathisch aufgenommen und sind bereit, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln an der Bekämpfung dieser Schädlinge teilzunehmen. In der

Beamtenschaft wächst die Verzweiflung,

und eine dumpfe Wut macht sich auch unter denen breit, die bisher die treuesten Diener des Staates waren. In ähnlichem Sinne äußerte sich Eisenbahnsekretär Genosse Heine mann.

Stadtrat Landsberg (Magdeburg), Bürgermeister Seydel (Halle) u. a. wiesen darauf hin, in welche mißliche Lage die Städte und Gemeinden geraten, die schwere Einbußen erleiden werden. Ein Vorschlag, wenigstens einen einheitlichen Kartoffelpreis von 25 Mark festzusetzen, erschien den Landwirten einfach undschätzel.

Dringend gewarnt wurde vor der Herabsetzung der Kartoffelpreise in örtlich begrenzten Gebieten. Das habe zur Folge, daß Kartoffeln im Massenangebot und die Versorgung der großen Städte gefährdet werde.

Gegenüber den einmütigen Erklärungen der Verbraucher, daß sie nicht imstande seien, sich zu diesen Preisen mit Kartoffeln einzudecken, konnten die Landwirte sich nur zur Abgabe folgenden Versprechens verstehen:

Die Organisationen der Landwirte werden mit allen Mitteln versuchen, darauf hinzuwirken, daß der in Berlin beschlossene Preis von 25 Mark für Kartoffeln im freien Handel nicht überschritten wird. Der Preis für Vertragskartoffeln müsse auf 30 Mark festgesetzt bleiben. Durch eine freiwillige Umlage soll versucht werden, eine größere Menge Kartoffeln zum Preise von 15 bis 20 Mark den Städten zur Versorgung der Arbeitslosen und der besonders Notleidenden zur Verfügung zu stellen.

Als Vertreter des Regierungskommissars für Volksernährung erklärte Regierungsrat Wehmann, daß diese Erklärung der Landwirte den Wünschen der Regierung entgegenkomme. Um die Bewehrung einzudämmen, habe die Regierung beschlossen, den Handel mit Kartoffeln unter Konzeptionszwang zu stellen.

Oberpräsident Hörsing begrüßte diese Maßnahme. Er versicherte, daß er gern noch einmal versuchen würde, den Kartoffelpreis zu senken, wenn nur die geringste Erfolgsaussicht vorhanden wäre. Nach dem Ergebnis der Berliner Besprechungen sei das aber ausgeschlossen. Unter dem Vorfall der Verbraucher erklärte er, daß er sich bemühen werde, bei der Regierung die Festsetzung eines Höchstpreises von 25 Mark durchzusetzen, um eine Handhabe zur Bestrafung aller Wucherer zu haben. —

Demonstrationszüge aufs Land.

Wie aus Mainz gemeldet wird, veranstalteten 12 000 Arbeiter aus Groß- und Kleinstädten Demonstrationen nach den Landorten des Kreises Mainz und forderten weitgehende Kartoffellieferungen zu 20 Mark pro Zentner. Die Landwirte erklärten sich einverstanden und stellten weitere Ermäßigungen in Aussicht. Die Demonstrationen verliefen im übrigen in voller Ruhe. —

Der Erzeugerhöchstpreis für Kartoffeln.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags nahm gestern einen zur Kartoffelversorgung von den Unabhängigen gestellten Antrag an, wonach die Wehrden anzuheben sind, bei Ueberschreitung des Erzeugerhöchstpreises für Kartoffeln sofort mit aller Schärfe einzuschreiten und die Schuldigen wegen Wuchers zur Bestrafung zu bringen. Annahme fand ferner der Antrag der bürgerlichen Parteien, wonach der Ausschuss den Standpunkt der Reichsregierung billigt, insbesondere die am 25. September getroffene Vereinbarung mit den Spitzenorganisationen der Landwirtschaft, des Handels und der Verbraucher zur Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln. Der Ausschuss erwartet, daß die Reichsregierung energisch alle Maßnahmen durchführt, die die ungeführte Ernte und Beförderung der Kartoffeln bei der Eisenbahn und im Landabsatz sicherstellen. Angenommen wurde schließlich ein Antrag, der den Erzeugerhöchstpreis auf 25 Mark festsetzt. —

Sofort

müssen Sie die „Volksstimme“ bestellen. Das neue Quartal hat bereits begonnen.

Die „Volksstimme“ muß jeder lesen!

Sie ist das führende Organ der großen Öffentlichkeit für den ganzen Regierungsbezirk Magdeburg. Ihr Nachrichtenendienst, ihr Unterhaltungsteil berichtigt auch verwöhnteste Ansprüche.

Bestellen Sie, verlieren Sie keine Zeit!

Kampf im Gastwirtsgerwerbe.

Vom Verband der Gastwirtsgehilfen wird uns geschrieben. Die Organisationen der gewerkschaftlichen Angestellten-Verbände führen zurzeit einen verzweifelten Kampf um Einhaltung ihres für verbindlich erklärten Lohnsystems. Troßdem schon vor einem Jahre durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses die Löhne der Kellner in die Verkaufspreise der Speisen und Getränke eingerechnet sein müssen, zwingen die Unternehmer im Gastwirtsgerwerbe, gestützt durch die starke Erwerbslosigkeit im Gewerbe, die in Arbeit stehenden Kellner nach wie vor, entgegen dem Schiedspruch, ihren Lohn in Form des Bedienungsgeldes von den Gästen selbst zu erheben. Alle Versuche der Organisation, die Einführung des verbindlichen Lohnsystems mit Hilfe der Behörde zu erzwingen, scheiterte an dem Herrn-im-Haus-Standpunkt der Arbeitgeber. Der Entscheid des Reichsfinanzministeriums besagt klar und unzweideutig: „Der Gast, der im Hotel, Restaurant oder Café Speisen und Getränke entnimmt, ist nicht dem einzelnen Angestellten gegenüber verpflichtet, den durch Anschlag bekanntgegebenen Entlohnungsausschlag zu leisten; seine Verpflichtung entfällt vielmehr mit der Bestellung der Speisen und Getränke dem Wirt gegenüber. Dieser vereinbart also auch den Entlohnungsausschlag und muß ihn in seinen Büchern buchen.“ Noch bestimmter hatte sich hierzu in einem Schiedspruch das Reichswirtschaftsministerium geäußert, in dem es hieß: „Die Aufkosten für die Entlohnung, Heizung, Beleuchtung und dergleichen sind grundsätzlich in die einzelnen Preise für Speisen und Getränke mit einzufaktulieren und dürfen nicht als prozentualer Zuschlag in der Rechnung erscheinen.“ Desgleichen besagt ein diesbezüglicher Schiedspruch für Magdeburg, welcher am 30. Dezember 1919 vom Reichsarbeitsminister für Allgemeinverbindlich erklärt wurde, welcher lautet: 1. das Trinkgeld ist abzuschaffen, 2. die Kellner sind nach festen Sätzen zu entlohnen, 3. die hierdurch entstehenden Kosten sind in die Preise einzuzurechnen.

Für die Unternehmer im Gastwirtsgerwerbe existiert neben dem Achtstundentag, Betriebsratsgesetz, Schlichtungswesen, den Tarifämtern auch der allgemein für verbindlich erklärte Schiedspruch nicht. Gegen diese offene Auflehnung der Arbeitgeber gegen Gesehe demonstrieren am Freitag mittag die arbeitslosen Kellner. Sie werden am schärfsten durch die Umgehung des Achtstundentags und das zum Teil wieder eingeführte System des Bedienungsgeldes und Trinkgeldes in Mitleidenschaft gezogen. Alle Versuche und Verhandlungen durch die Organisation scheiterten. Somit griffen diese zur Selbsthilfe und versuchten die Arbeitgeber zur Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu zwingen. Herr Joppich (Neckgasse) antwortete der Kommission

der demonstrierenden Kellner und des Betriebsrats seines Wehrdes, die um Einhaltung der tariflichen Bestimmungen ersuchten, herausfordernd: „Ich pflege auf das Revolutionsgesetz, ich bin Herr im Hause!“ Er begann sich aber schnell auf ein andres Gesehe, das ihn in die Lage versetzte, die Leute aus dem Hause hinauszumessen. Dabei fand er wirkungsvolle Unterstützung durch zwei Wachtmeister der Sipo. Kraft ihrer Polizeigewalt zwangen sie die Demonstranten zum Verlassen des Lokals. Herr Joppich konnte wieder einmal triumphieren. Durch den Hinauswurf des Betriebsrats kann Herr Joppich nach wie vor den Lohn der Kellner in Form von Bedienungsgeld von den Gästen erheben lassen. Was sagt der Staatsanwalt gegen die Uebertretung des Gesehes, das die prozentuale Erhebung des Bedienungsgeldes als Zuschlag auf die Preise verbietet? Dem Staate wird auf diese Weise Umsatzsteuer vorenthalten. Wie lange noch soll der Staat um die Umsatzsteuer betrogen werden? Wenn wir auch nicht billigen, daß demonstrierende Kellner in einen Betrieb eindringen, so verlangen wir aber auch andererseits, daß die Gesehebestimmungen, die dem Arbeitgeber Pflichten auferlegen, genau so wie die, die ihm Rechte geben, voll zur Anwendung kommen. Vielleicht erzwingt auch die grüne Polizei, daß der Schiedspruch von sabotierenden Arbeitgebern eingehalten wird. Ein hinzukommender Hauptmann erklärte seinen Untergebenen zwar sehr richtig: „Bei einem Wirtschaftskampf dürfen wir nicht eingreifen“, ein junger Leutnant gebärdete sich aber gegen die Demonstranten, die „Kerls“, äußerst energisch. Sie sollen sich krollen, wer es nicht tut, kommt zur Wache. Troß alledem, die Gastwirtsgehilfen lassen nicht ab von ihrer Forderung: Fort mit dem Trinkgeld! Fort mit dem Bedienungsgeld! Für diese Forderung werden sie zu kämpfen wissen, bis sie restlos durchgeführt ist. —

— Eine Arbeitslosendemonstration. Am Donnerstag abend zogen etwa 800 bis 400 Arbeitslose zum Rathaus und entsandten zu der gerade tagenden Stadtverordneten-Versammlung eine Deputation, die der Stadtverwaltung eine Anzahl von Forderungen unterbreitete, in denen verlangt wird, die sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten größeren Umfangs, die Sicherstellung von Lebensmitteln und Heizmaterial, sofortige Auszahlung eines Vorschusses und einer einmaligen Beihilfe, Aufhebung der Doppelkontrolle, Anerkennung des Erwerbslosentats, Beseitigung von verschiedenen Beamten des Arbeitsamts. Dazu kamen noch einige andere Wünsche. Die Stadtverordneten-Versammlung wählte aus ihrer Mitte eine Kommission, die mit den Erwerbslosen verhandelte und dann Bericht erstattete. Es wurde ein besonderer Ausschuss, aus Vertretern aller Parteien bestehend, eingesetzt, der die Wünsche und Beschwerden prüfen und dann der Versammlung weitere Vorschläge unterbreiten soll. —

— Die Vergebung von städtischen Grundstücken in Erbbau-recht. Die Stadtverordneten-Versammlung hat am Donnerstag folgende neuen Richtlinien für die Vergebung von städtischen Grundstücken in Erbbau-recht beschlossen: 1. Die Dauer des Erbbau-rechts: 80 Jahre. 2. Bauzwang: spätestens 2 Jahre nach Vertragsabschluss. 3. Der Erbbau-zins ist getrennt zu bemessen, und zwar vom Werte des Grund und Bodens auf 1 Prozent, von dem auf das Grundstück entfallenden Anteil der Straßenaufkosten einschließlich Kanalisation und Beleuchtung auf 1/2 Prozent Verzinsung und 1/2 Prozent Tilgung. Eine Herabminderung dieser Sätze zur Förderung der gemeinnützigen Bau-tätigkeit bleibt vorbehalten. 4. Die Entschädigung für das Bauwerk nach Ablauf des Erbbau-rechts wird auf mindestens 1/2 des gemeinen Wertes festgesetzt, den das Bauwerk bei Ablauf des Erbbau-rechts hat. 5. Die Festsetzung der Mieten für die in Erbbau-häusern geschaffenen Wohnungen bedarf der Genehmigung einer noch zu bestimmenden städtischen Stelle. —

— Waffenablieferung. Die Waffenabgabe bei den Ab-tieferungsstellen in Magdeburg hat bisher folgendes Ergebnis gezeitigt: 3717 Gewehre und Karabiner, 338 Pistolen und Revolver, 553 Handgranaten, 911 Gewehr-schlösser, 1185 Spreng-kapseln, 119 058 Patronen, 118 Gewehr-läufe, 71 Maschinen-gewehr-läufe, 116 Maschinengewehr-schlösser, 11 leichte Ma-schinengewehre, 8 schwere Maschinengewehre. Es wird von der Behörde darauf hingewiesen, daß eine Verlängerung des Ab-gabetermins und eine Erhöhung der Prämien, wie beides vielfach in der Bevölkerung unverantwortlicher Weise verbreitet wird, ausgeschlossen sind. —

— Das Inkrafttreten des Winterfahrplans. Der Winter-fahrplan sollte bekanntlich ursprünglich in der gewohnten Weise am 1. Oktober eingeführt werden. Die Einführung wurde aber später zum 25. Oktober in Aussicht genommen. In Wirklichkeit wird der Fahrplan einen Tag früher in Kraft treten. Der Reichsverkehrsminister hat jedoch bestimmt, daß er am 24. Oktober in Kraft gesetzt wird. —

— „Wirtschaftspolitik“ der „Magdeburgischen Zeitung“. Die Reichsregierung hat kürzlich verfügt, daß die von den Gewerk-schaften zur Auszahlung gelangende Erwerbslosenunterstützung in Zukunft nicht mehr auf die öffentliche Unterstützung an-gerechnet wird. Diese verständige Maßnahme bringt den Arbeits-losen, soweit sie gewerkschaftlich organisiert sind, eine kleine Ver-besserung der wirtschaftlichen Lage. Es ist interessant, was das Blatt der „Wiederbaupartei“, die „Magdeburgische Zeitung“, zu dieser Maßnahme zu sagen hat. Sie begleitet die „seltsame Maßnahme der Reichsregierung“ mit folgendem Kommentar:

Damit nimmt die Reichsregierung in der Frage der Er-werbslosenfürsorge einen Standpunkt ein, der mit dem dringendsten Gebot der Gegenwart — dem, daß der wirtschaft-liche Wiederaufbau unter Ausbietung aller irgendwie verfügbaren Arbeitskräfte gefördert werden muß —, im schärfsten Wi-der-spruch steht. Einigkeit besteht darüber, daß alles getan werden muß, um die Arbeits-unlust innerhalb der Arbeitnehmerkreise, eine der schlimmsten Folgeer-scheinungen der Revolution, wirksam zu bekämpfen. Mit hohen Unterstützungen an Erwerbs-lose würde im Gegenteil die Arbeits-unlust gefördert werden.

So sieht also das volkswirtschaftliche Verständnis der Lante-faber aus. Sie glaubt, die 8 Millionen Erwerbslose, die augen-blicklich in Deutschland vorhanden sind, dadurch unterbringen zu können, daß man die Unterstützungen, die schon jetzt nichts weiter sind als eine unzureichende Nothilfe, möglichst noch weiter abbaut. Wenn sie dann schreibt von der Arbeits-unlust als eine der schlimm-sten Folgeerscheinungen der Revolution, so gebraucht sie damit eine abgehandene Redensart, die von all den alldeutschen und deutschnationalen Blättern und Blättchen angewandt wurde, um die Folgen ihrer wahrnützigen Kriegsbege der Revolution in die Schuße zu führen. —



Ab 1. Oktober
bringen wir von unsern Lagerhäusern
und Abteilungen
**Neueingänge besonders
preiswerter Schuhwaren**
in tadelloser, feiner
freier Beschaffenheit
— zum Verkauf —
Wir weisen wiederholt darauf hin,
daß **Warenknappheit**
und **Preissteigerungen**
Hand in Hand gehen.
Die Bedienung Ihres Gebards ist
jetzt dringend geboten!
Infolge des enormen Zuspruchs
sollen sämtliche Angebote nicht
nur sofort vorrat.

Rein Laden! **Ecke Alte Ulrichstrasse**
2223 **Eine Treppe hoch!**

Neue Gelegenheitskäufe

zu sehr billigen Preisen!

| | | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>Damen- Halbschuh Chromleder, Derbyschnitt 69.00</p> <p>Damen Halbschuh grau leder, kurze Form, hoher Absatz, feiner Promenaden Schuh 78.00</p> <p>Damen-Schnür- Halbschuh, Chromlid, solider, fest, Straßenschuh 89.00</p> | <p>Braun Chevreau- Schnürhalbschuh 98.50 für Damen 129.00</p> <p>Rotbraune Damen- Schnürhalbschuh 129.00 totale Ausf. 139.00</p> <p>Mahag. Chevreau- Schnürhalbschuh, elegante Ausf. 139.00</p> | <p>Herrn- Schnürstiefel Eckstappe, Derby, elegante Ausführung 132.00</p> <p>Herrn-Schnürstiefel echt Chevreau, Eckstappe, reine Leberausführung 148.00</p> <p>Herrn-Schnürstiefel, Rindboz, Derby, in versch. Formen, reine Leberausf., solib. Straßentiefel 162.00</p> <p>Braun Leder-Herrn- Schnürstiefel Derby 189.00</p> |
| <p>Damen-Schnür- Halbschuh mit Eck- stappe, unfortierte Größe 98.50</p> <p>Damen-Chebr.-Schnür- Halbschuh Derbyschnitt 98.50</p> <p>Damen-Schnür- Halbschuh mit Eck- stappe, hinterbes. 188.50</p> | <p>Damen-Schnür- stiefel Chromlid, Derbyschnitt 129.00</p> <p>Damen-Rindboz- Derbstiefel weisseste Ausf. 139.00</p> <p>Dam.-Hochschaff- Schnürstiefel 149.50 mit Eckstappe, mod. Form.</p> | <p>Kinder- Leder-Schnürstiefel 37.00 27-30, 30-35, 35-40, 40-45, 45-50</p> <p>Mädchen-Schnürstiefel 69.00 27 bis 35, Derby, Eckstappe, mit fl. Fehlern, unfortierte Größe.</p> <p>Knickerbocker-Schnürstiefel reine Leberausführung, guter Schnürstiefel 31, 6, 35, 98, 00, 27, 6, 30 84.00</p> |

Rein Laden! **Ecke Alte Ulrichstrasse** **165 Breiteweg 165** **Ecke Alte Ulrichstrasse**
2223 **Eine Treppe hoch!**

Zentraltheater
Abendlich 7 Uhr
**Die Schönste
von allen**
Sonntag
2 Vorstellungen
Nachmittag 3
und abends 7 Uhr.

Stephanshallen
BR 6110: 1823
Keine Kleins
Große Leistungen.

**Zentraltheater-
Restaurant**
Täglich 8 Uhr:
Bunte Bühne!!!
u. a.:
Willi Rolland, der vor-
nehme Stimmungsünstler
Fredini und Leonal
mod. Doppel-Songl. Art
Erich Deutsch-Kraut
vom Zentraltheater
Mizzi Marx, die bekannte
Operetten-Sängerin
Am Freitag: Kapellmeister
Ernst Lehmann.
Konzertmusik, angef. v.
d. selbst. Salon-Orchester,
Kapellmeister Lehmann.

Dr. Madagontspiegel, hohe
Petrol-Ölehlampe verkauft
Müller, bei Kroeningers Ölbude,
Breiteweg 209/10. Bez. 10-1, 4-8.

Möbliertes Zimmer
sofort gesucht, möglichst in
Buckau. Offerten unter
B 4571 an die Expedition
dieses Blattes erbeten. 4571

Bettstätten
Abhilfe sofort
Alter und Geschlecht angeben.
Zukunft umsonst.
Sanitas-Depot, Halle a. S. 147 a

Todesanzeige.
Am Mittwoch, 29. Sep-
tember, starb nach langem,
schwerem Leiden meine
liebe Tochter, meine liebe
Schwester, Schwägerin und
Tante, Frau
4511

Elle Lindemann
geb. Kaufsch
im 29. Lebensjahre, im
Stamen d. Hinterbeinen
Witwe Kaufsch
nebst Geschwistern.
Diebst. 29. Septbr.

**Sozialdemokratischer
Wahlverein Marienberg.**

Erich Leonhardt
im blühenden Alter von
20 Jahren. 2448

Der Vorstand.

**Deutscher Transport-
arbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Magdeburg

Albert Krankemann
plötzlich und am 29. Sep-
tember unser Kollege

Wilhelm Ladewig
nach langem, schwerem
Leiden verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Sehr billiges Angebot

Damen-Ulster und -Mäntel
aus Flansch-Wollstoffen, beste Verarbeitung, in braun, grau,
grün, marine, weinrot von 475.00 bis 188.00

Damen-Sportjacken
in reichhaltiger Auswahl, aus Wolle und Trikot von 475.00 bis 200.00

Reinwollene Westen u. Hausjacken
mit Gurtel von 185.00 bis 79.00

Kostüm-Röcke
aus Wollstoff, grau, marine von 94.00 bis 64.00
aus Wollstoff, dunkelfarbig, gestreift mit Knopfgarnitur 85.00
in einfarbig, moderne Verarbeitung, grau, bla, grün 95.00
in modernen Woll-Schotten von 130.00 bis 115.00
in einfarbig, reinwollene Stoffe von 225.00 bis 135.00

Pelzwaren
Langhaariger Kanin-Kragen, schwarz, runde Form, mit
Kopf und Schweif, Seldentulter von 88.25 bis 45.00
Groß-breiter Kragen, runde Form, Skunks, Kanin von 205.00 bis 185.00
Kanin-Kragen, braun, langh., m. Kopf u. Schweif von 88.25 bis 78.00
Patagonisch-Kanin, lange Fuchsform 225.00
Seal-Elektrik, runde Form von 425.00 bis 275.00
Nerz-Kanin, großer, breiter Kragen 475.00 450.00
Kreuzfuchs 725.00 575.00

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten 2446

Rudolf Broetje Jakobstraße
Ecke Peterstraße

Buckau: Thiemstraße 1 — Neua Neustadt: Lübecker Straße 118

Kleinkunstbühne Kobenzollern.
Das Favoritprogramm der
deutschen Kleinkunstbühnen
1. Gottlieb Meed, der gelehrte Humorist.
2. Gretel Gliba, die preisgekr. Schöneheit.
3. 2 Zugedee 2, in ihren Vierstüpfeln.
4. Thea Stolz, Soubrette.
5. Egon Weiss, Anisager.
6. Hildegard Ulrich, in ihrer Szene „Geln
Nobel“ von Herbert Schmidt-Kamberg
und R. Wach.
7. Richard Berger, Opernsänger.
8. Eugia Havello, Singsängerin.
9. Ab 15. Oktober 1920 Gastspiel Käthe
Schmidten (Zentraltheater).

Neueröffnung des völlig
renovierten Kabarett-Saals
im Café u. Weinrestaurant **gütlich Konzerte.**

Sonntags 7 Uhr und
Sonntag 5 Uhr 4495
Großer Preis-Skat
August Dörnbrack,
Martinstraße Nr. 6.

Holsteiner Hof
Heinrichstraße 23 4513
Sonntags, Sonntags u.
Mittwochs, Anfang 7 1/2 Uhr
Preis-Skat

Städtische Theater.
Stadt-Theater.
Sonntags den 2. Oktober
Anf. 7 Uhr Ende gegen 9 1/2 Uhr
1. Abend.
Alessandro Strabella.
Wilhelm-Theater.
Sonntags den 2. Oktober
Anfang 7 1/2 Uhr
Erste Klassifizierung
Rabale und Liebe.

1. Subenb. Musikverein Gemütlichkeit.
Sonntags den 2. Oktober in der Zerbst
Bierhalle (Znh. R. Fey), Schöninger Straße
Großer Ernteball
4499 — Anfang 8 Uhr. —
Es ladet freundlichst ein Das Komitee.

Fürstenhof- Prunksaal

Heute
sowie abendlich 7 Uhr:
**Das vollständig
neue Programm**
4 Perez
die konkurrenzlosen Letter-
Equilibristen.

Robert Roland
3 Dunkel-Rapport
Räthe von Broich
Fritschie
4 Merkel
Ernest und Gabriele
E. und W. Blesing
Jean Clermont
Mag Veltini

**Doppel-Quartett des Magdeburger
Arb.-Sängerchors**
Konzert
in der Aula der „Augustaschule“, Eifenmann-
straße, am 4. Oktober, abends 8 Uhr.
Mitwirkende: Gretl Greiffau, Sopran,
Georg Giffel, Bariton.
Am Freitag: Dirigent W. Henning.
Programme inkl. Steuer 1.50 Mark an der Kasse.

**Gut-
lohnende Existenz**
auch für einen Bedarf, Er-
lernung der Baitt-Kunstfärbe-
rei. Sie können aus alten
Zeugen die schönsten Wäfen,
Reiber, Decken, Kampfschirme
uvm. herstellen. Unterricht nach
Wunsch für Mädchen von 12
bis 14 Jahren. Entfrachten
mäßiges Honorar. Schiffe,
Farben., Bahnhofstr. 42.

Dampferfahrten
Herbstfahrplan (Abfahrt Petriförder)
Von Sonntag den 3. Oktober an bis auf weiteres
wochentags (außer Dienstags und Freitags).

| | | |
|---------------|------------|----------|
| | Worm. | Nadm. |
| Magdeburg ab | 7.30 Uhr | 2.00 Uhr |
| Hohenwarte an | 8.15 | 2.45 |
| Niegripp an | 8.45 | 3.15 |
| | Rückfahrt: | |
| Niegripp ab | 9.30 | 4.30 |
| Hohenwarte an | 10.15 | 5.15 |
| Magdeburg an | 11.30 | 6.30 |

Sonntags wie wochentags.
Die Magdeburger Fahrten sind eingestellt.

Hermann Steffens
Fernsprecher 7241. 2315

Herrn Otto Hinze
Vorarbeiter, zu seinem 25-jährigen Arbeits-
jubiläum
herzliche Glückwünsche
von seinen Kindern
Martha, Else, Otto, Erwin.

Raucht Bonitas!

Große Herbstrennen

Magdeburg

Sonntags den 2. Oktober 2 Uhr
Sonntag den 3. Oktober 2 Uhr

300000 Mk. Preise!

**Drei preiswerte
mollige**

Winter-Mäntel

Gute warme Stoffe, elegante Formen

175.

225.

210.

Kostüme gute reinwollene Qualitäten, moderne Formen 875. 775. 675. 575.

Drei preiswerte

Wolster

Gute mollige Winterstoffe, verschiedene Macharten

255.

385.

290.

Seidenblusen mod. Formen, schöne Farben, versch. Machart 169. 155. 150. 145.

Sechs preiswerte

Kostüm-Röcke

Gute haltbare Stoffe
schöne Farben, moderne Formen

39⁵⁰

49.

65.

76⁵⁰

98⁵⁰

118.

Blusen Sportform, aus gutem Waschflanell 98. 90. 69. 49.50

Bluse aus gutem Stoff, moderne Farben, mit Wollstickerel 98.00

H. Lublin

Wir stellen zu billigsten Preisen zum Verkauf:

- Prima deutsche Margarine Pfund 12.00
- Feines Tafelöl Pfund 13.50
- Reis feinster weißer Nangoon-Tafel-Vollreis Nr. 4 Pfund 5.50
- feiner Reis Nr. 5 Pfund 5.20
- Bruchreis Nr. 4, sehr gute Qualität Pfund 4.80
- Linzen Pfund 5.50
- Erbisen gelbe Pfund 3.50
- Kaffee gerösteter, Nr. 1 1/4 Pfund 8.50
- Nr. 3 1/4 Pfund 8.00
- Schokoladen-Pulver Pfund 15.00
- Räse feinster dänischer Conda 1/4 Pfund 5.50

Seifen und Waschmittel:

- Deutsche Kernseife Doppelstück 5.40
- Deutsche Feinseife Stück 2.00
- Fabseife Pfund 4.00
- R.-H.-Seife Doppelstück 0.40
- Milchseife Pack 1.25
- Reisstärke Pfund 11.00
- Zündhölzer Pack 3.00
- Salz feines Tafel-Steinsalz Pfund 20 Pf.
- Siede-Salz feinstes Tafel-Salz Pfund 35 Pf.
- Runkelhonig markenfrei Pfd. 7.00
- Marmelade Pfund 3.80
- Saure Gurken Stück 35 Pf.
- Sauerkohl Pfund 50 Pf.
- Puddingpulver Pack 65 Pf.
- Geleespelze 3 Pack 1.70
- Detter's Backpulver Pack 40 Pf.
- Reze-Backpulver Pack 35 Pf.

In nächster Woche werden wir einen großen Posten feinstes Kokosfett sehr preiswert im Verkauf haben.

Waren-Verein G. m. b. H.

+ Frauen + Operntexte

Seit über 16 Jahren bekannt sind die echten Frauentropfen. Erprobter und bewährtester Wirkstoff, in den meisten Fällen durch Doppelwirkung erkrankter in Verbindung mit Febrar-See und Fußbadepulver von Erfolg. Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien. Hauptdepot: A. Bethke Nachf., Breitweg 253, 10111 Bors. Simeleischtr. 23. Drogerie zur Neustadt, Eibener Str. 31. Kaiser-Dito-Drogerie, Alter Markt 28. Engros durch alle Großisten. Generalvertrieb: Pharmacoopia, Berlin C 19, M. V.

Rein Laden.

Darum kaufen Sie bei mir preiswert alle Sorten Musikinstrumente, Saiten u. Zubehörteile. Reparaturen schnell. Baldeweg, Blaubell u. blügg, Baldeweg 8.

Gold-, Silber-

Gegenstände, Bruch kaufte zu streng realen Höchstpreisen. Becho, Kaisersstraße 39, III.

Mähmaschine

zu kauf gesucht. Behmanns, Breitweg 249a, Blumengeh.

Möbeltransporte

innerhalb der Stadt, über Land som. per Bahn ohne jede Umladung führt billigst aus.

Ernst Funke

jetzt Beckau, An d. Elbe 8. Telefon Nr. 4400. 8408

Umzüge

Fahren aller Art. Gebührensicherung, ein- u. zweipännig, übernehm. sofort. Blauw Radler, Schönebeck, 8. Telefon 6250 und 2475.

Verkaufe
zu Anrecht auslasteter Preisen 1890
Küchen, Schlaf- u. Speisezimmer.
Paul Jahn, Tischlermeister,
Halberstädter Straße 37/38.

Spezial-Schuhwarenhaus

Z. Fließ

6 Galztor Schönebeck Galztor 6

— Telephon 681. — 2441

- Damen-Halbschuhe zum Schnüren von 85.00 an
- Spangenschuhe braun, 1 u. 2 Spangen von 85.00 an
- Damenstiefel schwarz von 110.00 an
- Damenstiefel braun von 138.00 an
- Herrenstiefel schwarz von 138.00 an
- Herrenstiefel braun von 210.00 an
- Kinderstiefel in schwarz, braun besonders preiswert und grau
- Filz-Schuhe und Kamelhaar-Schuhe für Herren, Damen und Kinder besonders billig.